

GEMEINSAM ZUKUNFT GESTALTEN: UNSERE ZIELE FÜR LUDWIGSHAFEN 2025

Ludwigshafen
am Rhein

SPD

Kommunalwahlprogramm 2019 - 2024

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
I. Kommunale Wirtschafts- und Umweltpolitik – Gewerbe und Natur im Einklang	2
II. Soziales, Senioren, Barrierefreiheit	5
III. Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr	8
IV. Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit	14
V. Kultur, Integration, Sport und Ehrenamt	18
VI. Kinder, Jugend, Familie und Bildung	22
VII. Finanzen	24
Kommunalwahlprogramme für die Stadtteile	25

Vorwort:

Gemeinsam Zukunft gestalten: Unsere Ziele für Ludwigshafen 2025

Ludwigshafen steht vor großen Herausforderungen – nicht nur in Sachen Hochstraßen. Während die großen Verkehrsachsen in der City für Ludwigshafen und die ganze Region neu gedacht und gebaut werden, wollen wir unsere Stadtgesellschaft auch in sozialen Fragen zusammenhalten. Die SPD LU wird dabei klare Schwerpunkte setzen. So wollen wir mit Ihrer Unterstützung mit einer starken SPD-Stadtratsfraktion die Bereiche Bildung, Soziales und Ehrenamt fördern sowie bei Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung besser werden. Und es gilt die Infrastruktur zukunftsfest zu machen: Unser Verkehrsnetz muss trotz aller nötigen Baustellen leistungsfähig bleiben – und unsere Innenstadt vitaler werden.

Gegen Arbeitslosigkeit und Armut wollen wir noch stärker kämpfen. Vielen Menschen bleibt meist nur wenig Geld zur freien Verfügung. Hier zu helfen heißt vor allem auch: viel mehr preiswerteren Wohnraum schaffen, auch mittels einer Sozialquote. Dabei wollen wir die Belange von Seniorinnen und Senioren sowie von Menschen mit Behinderungen noch stärker berücksichtigen – wie auch im gesamten öffentlichen Raum. Mehr Barrierefreiheit ist ein Muss.

Weiterer wichtiger Schwerpunkt für die SPD sind die Investitionen in unsere Kinder und Jugendlichen. Wir brauchen dringend mehr Kita-Plätze sowie zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher. Und bei den Schulen bedarf es eines massiven Sanierungsprogramms, das durch die Bauverwaltung mit einer durchdachten und konsequenten Planung zügig umgesetzt wird.

Bei einem der größten Problemfelder unserer Stadt, den maroden Hochstraßen, pochen wir auf nachhaltigere Pläne – für fundierte Entscheidungen unter enger Beteiligung und frühzeitiger Information der Bürgerschaft. Für die SPD ist klar: Zeitgleiche Bauarbeiten an beiden Hochstraßen darf es nicht geben! Dies würde einen Verkehrskollaps mit unabsehbaren Folgen für die Menschen und die Arbeitsplätze der gesamten Region provozieren. Parallel dazu gilt es, den Schienen- und Fahrradverkehr besser und schneller auszubauen. Wir müssen jeden Hebel anpacken – damit LU auch in den nächsten Jahren eine ebenso menschliche wie mobile Stadt bleibt.

Die SPD Ludwigshafen steht für den Einklang einer sozial gerechten Stadtgesellschaft, einer starken Wirtschaft und einer vitalen Umwelt. Diese zu erhalten und zu stärken wird in den kommenden Jahren ebenso viel Erfahrung wie neue Ideen erfordern. Dabei denken wir über die Wahlperiode 2019-2024 hinaus. In diesem Sinne sind unsere Kernziele für Ludwigshafen 2025:

- *Für ein soziales Miteinander – Wohnraum schaffen, Sozialquote einführen*
- *Für eine sichere und saubere Stadt – Ordnungskräfte stärken, konsequent handeln*
- *Für ein gutes Aufwachsen – Kitas und Schulen besser fördern*
- *Für eine generationengerechte Stadt – Barrieren abbauen, Ältere unterstützen*
- *Für ein starkes Ehrenamt – Vereine, Sport und Kultur in der Stadt weiter stärken*
- *Für eine vitalere Innenstadt – City-Planung neu denken, Zukunftschancen nutzen*
- *Gegen den Verkehrskollaps – fundiert planen, Bahn- und Radwege schneller ausbauen*

I. Kommunale Wirtschafts- und Umweltpolitik – Gewerbe und Natur im Einklang

Unsere bisherigen Erfolge:

- ✓ Sicherung des Wirtschaftsstandortes Ludwigshafen
- ✓ Erfolgreiche Ansiedlungspolitik von Unternehmen wie Vögele, Görtz oder Moster
- ✓ Gute Sozialpartnerschaft mit den Unternehmen
- ✓ Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge, vor allem durch Stärkung und Erhalt der kommunalen Unternehmen – insbesondere Klinikum, TWL und GAG – in Eigenständigkeit unter Verantwortung der Stadt
- ✓ Stärkung des IT-Standortes
- ✓ Ausbau des Fernwärmenetzes
- ✓ Erhalt der Naherholungsbereiche in der Stadt wie Ebertpark, Stadtpark, Wildpark, und Maudacher Bruch
- ✓ Erhalt der Lebensräume von Tieren und Pflanzen
- ✓ Renaturierung des Altrheingrabens

Wirtschafts- und Umweltpolitik sind für uns keine Gegensätze – sondern zwei Pole, die für eine gedeihliche Entwicklung unserer Stadt gleichermaßen Beachtung brauchen. Ludwigshafen ist ein vitaler Chemie- und Industriestandort mit einem starken Mittelstand. Dies sorgt für viele Arbeitsplätze in der Stadt. Zugleich ist Ludwigshafen eine Stadt der grünen Erholungsiseln. Damit dies nicht nur so bleibt, sondern Ludwigshafen auch in dieser Hinsicht weiter wachsen kann, wollen wir an vielen Ecken anpacken:

- Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir ein **Leitbild für Ludwigshafen** erarbeiten, mit dem sich alle identifizieren können. Dies dient dem Zusammenhalt in der Stadt, der Werbung für die Stadt und soll auch Handlungsanleitung für die Stadtverwaltung sein. Identitätsstiftend kann ein solches Leitbild nur wirken, wenn es in einem möglichst breiten Konsens innerhalb der Stadtgesellschaft entwickelt wird und nicht von oben verordnet wird – wie dies beispielsweise beim ehemaligen Zwinker-Stadtlogo der Fall war.
- Es braucht eine **Neuorientierung der City**. Wir wollen in der Ludwigstraße konzentriert Einzelhandel ansiedeln – und Bismarckstraße sowie Bahnhofstraße zu einem Wohn- und Arbeits- und Kulturquartier mit breitem Dienstleistungsangebot und angenehmer Gastronomie entwickeln. Die Ansiedlung von TWL und Pfalzwerke in der Innenstadt, aber auch das Projekt der GAG am Bürgerhof-Eingang sind dafür erste wichtige Schritte in die richtige Richtung. Wir kämpfen für eine attraktive City – ohne Schmutzdecken. Dazu muss ein Diskussionsprozess angestoßen werden. Mit einem durchdachten und nachhaltigen **Innenstadtkonzept** einschließlich eines **überarbeiteten Einzelhandelskonzepts** können dort künftig Einzelhandel, Dienstleister, Verwaltung, Kultur und insbesondere Menschen in neuem Wohnraum heimisch werden. Wir wollen Leben statt Leerstand!
- Wir sind treibende Kraft für die im Zuge des Baus der langen Stadtstraße als Ersatz für die Hochstraße Nord **neu entstehende City-West** – denn hier gibt es Entwicklungsmöglichkeiten, die wir in einem guten Miteinander aus Wohnen, Gewerbe und Erholung gestalten wollen: Dabei gilt:

- Wir setzen uns für klare **Planungsvorgaben** für das neu entstehende Stadtviertel ein. Ein Schwerpunkt soll dabei auf einem **naturnahen, „grünen“ Wohnquartier** im Bereich Richtung Hauptbahnhof mit dem Friedenspark als grünes Bindeglied liegen. Die Entwicklungsachse West ist als urbane „Innovationsachse“ (Wohnen, Forschung und Entwicklung, Dienstleistung und Gewerbe) weiterzuentwickeln.
 - Für **Rathaus und Verwaltung** erarbeiten wir ein Zukunftskonzept unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen einer **bürger- und mitarbeiterfreundlichen Verwaltung** sowie der Wirtschaftlichkeit. Für den zukünftigen Bürgerservice gilt das Leitmotiv: **Alles aus einer Hand**. Bei den Bürostrukturen setzen wir auf moderne Standards; Großraumbüros lehnen wir ab. Vor allem muss die Verwaltung **auch auf digitalem Wege gut und schnell erreichbar** sein: So viele Behördengänge wie möglich müssen für die Bürgerinnen und Bürger – wenn gewünscht – auch online abwickelbar sein.
 - Für die Frage nach der **Zukunft des Rathauses** halten wir es für geboten, dass Alternativen zur Sanierung des bestehenden Rathauses geprüft werden. Neben der Variante der Sanierung, sind auch die Varianten einer dauerhaften Anmietung benötigter Büroflächen und eines Neubaus zu prüfen. Eine solche Prüfung muss ergebnisoffen gestaltet werden – sowohl mit Blick auf die denkbaren Varianten, als auch auf die dafür in Frage kommenden Standorte. Vier Punkte müssen bei einer solchen Prüfung besondere Berücksichtigung finden:
 1. Die Wirtschaftlichkeit muss gewährleistet sein, dazu gehört auch eine realistische Berechnung der Folgekosten der verschiedenen Varianten.
 2. Die gesamte Raumplanung der Stadtverwaltung muss sich an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientieren. Sie haben das Recht auf qualitativ hochwertigen Service, kurze Wege und schnelle Bearbeitung. Wir wollen die Stadtverwaltung in eine moderne, bürgernahe und serviceorientierte Verwaltung umbauen, dafür ist eine entsprechende Raumplanung notwendig.
 3. Bei der Planung ist die Stadtentwicklung im Gesamten zu berücksichtigen. Unabhängig von Variante und Standort muss mit Blick auf den Bau der Stadtstraße und das Projekt „City West“ ein neues Konzept für das heutige Rathauscenter entwickelt werden. Das Grundstück ist unserer Überzeugung nach zentral für die im Zuge von „City West“ zu gestaltende Stadtentwicklung.
 4. Büroräume der Stadtverwaltung müssen an den Bedarfen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern orientiert sein und technisch auf dem neusten Stand ausgestattet sein
 - **Die Nahversorgung während der Bauphase muss gewährleistet sein.**
- Ludwigshafen braucht Platz, um Gewerbeflächen auszuweisen – auch für bereits ansässige Firmen, die sich vergrößern wollen. Es braucht ein **Steuerungskonzept** mit eindeutigen Zuständigkeiten für Investoren mit klaren Definitionen einzelner Lagen. Wo soll Gewerbe angesiedelt werden, wo gemischte Gebiete entstehen und wo sind Wohngebiete vorgesehen? Die Ansiedlung von – viel Verkehr und Flächenverbrauch verursachenden – Logistikunternehmen schließen wir dabei aus. Ein **Investoren- und Wirtschaftsscout** soll bei Neuansiedlungen oder Veränderungen von Firmen unterstützen und die Abläufe schneller, transparenter und damit optimaler machen.
 - Eine Aktualisierung und Fortentwicklung des **Flächennutzungsplans** ist dringend erforderlich, um die Herausforderungen der nächsten Jahre zu meistern.
 - Wir unterstützen unsere Oberbürgermeisterin bei ihren Bemühungen, die Entscheidungsprozesse innerhalb der **Stadtverwaltung** zu beschleunigen – zum Beispiel bei der Wirtschaftsförderung und **mit Hilfe digitalisierte Abwicklungs- und Genehmigungsprozesse**.
 - Wir schlagen ein **jährliches Wirtschaftsforum** vor unter Beteiligung von Rat und Verwaltung um das Verständnis zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung zu stärken und den Standort Ludwigshafen zu sichern.

- Wir wollen **Schulen, Fachhochschule, Mittelstand und Handwerk besser vernetzen**, um die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Stadt zu stärken.
- Daseinsvorsorge muss kommunale Aufgabe bleiben. Wir stehen für den **Erhalt der städtischen Tochtergesellschaften in Eigenständigkeit** unter Verantwortung der Stadt und einer Sicherung der Beschäftigung auf hohem Niveau; betriebsbedingte Kündigungen schließen wir aus. Eine Privatisierung der städtischen Töchter darf es nicht geben, weder in den Bereichen Wohnungsbau, Gesundheit, Energie und Wasserversorgung, dem öffentlichen Nahverkehr oder der Kongress- und Marketing-Gesellschaft.

Für die SPD in Ludwigshafen spielt das Thema **Umwelt** eine wichtige Rolle. Neben Natur- und Biotopschutz sind für uns auch der Klimawandel und dessen Auswirkungen auf die Gesellschaft und den Menschen entscheidend.

- Wir kämpfen für eine **ruhigere Stadt**, für deutlich besseren Lärmschutz, ob an Straßen oder (Güter-)Bahnstrecken. Grenzwerte sind einzuhalten. Lärmschutzwände sollen sich in die Stadtbebauung einfügen, Rasengleise für die Straßenbahn sind auch optisch ein Gewinn.
- Ökologisches Bauen und Sanieren wollen wir stärken, gerade bei **Bauprojekten der öffentlichen Hand**. Ökostrom, Kraft-Wärme-Kopplung und eine verbesserte Wärmedämmung sind zu forcieren – auch um den lokalen CO₂-Ausstoß zu minimieren und sich langfristig positiv auf geringere Heiz- und Stromkosten auszuwirken. Für private Haushalte, Gewerbe und Industrie weisen wir verstärkt auf Fördermöglichkeiten durch Land und Bund.
- Städtische **Naherholungsflächen** wie bspw. der Ebertpark, das Maudacher Bruch oder der Stadtpark auf der Parkinsel bieten für Bürgerinnen und Bürger einen gesunden Ausgleich zum oft stressigen Alltag und müssen daher von allen **geschützt** werden. Das ist elementar für das Funktionieren unserer Biotope.
- Wir unterstützen **Urban-Gardening-Projekte** wie den Hack-Museumsgarten: Sie machen Natur auch in hochverdichteten städtischen Gebieten erlebbar – und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- **Dieselfahrverbote** gilt es zu vermeiden – und stattdessen alle Alternativen auszuschöpfen, um die Stickstoffoxid-Grenzwerte einzuhalten.

Trotz Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen müssen wir uns für die Folgen des Klimawandels wappnen. Die heißen Sommer der vergangenen Jahre – insbesondere 2018 – hat vielen die Folgen des Klimawandels vor Augen geführt. Hier gilt es vorzusorgen

- Wir treten ein für eine **stärkere Flächenentsiegelung** von Innen- und Hinterhöfen, Gebäuden, öffentlichen Plätzen und Straßen, insbesondere bei anstehenden Sanierungen. Denn Asphalt und Beton heizen sich über Tage auf und verlangsamen die notwendige Abkühlung des Nachts. Wir wollen mehr Bäume in Straßenräumen und auf öffentlichen Plätzen – sie spenden Schatten, sorgen für frischere Luft und verbessern das Mikroklima.
- Bei Starkregenereignissen setzen wir verstärkt auf eine **dezentrale Entwässerung**, wie dies etwa durch Versickerungsmulden, Tiefbeete oder andere Grünflächen möglich ist. Dies soll im Zusammenspiel mit der bestehenden Kanalisation das Überfluten von Kellern und ganzen Straßenzügen vermeiden.
- Nicht zuletzt gilt es, den **Hochwasserschutz weiter zu stärken**.

II. Soziales, Senioren, Barrierefreiheit

Unsere bisherigen Erfolge:

- ✓ Enge permanente Prüfung der Einhaltung des Tariftreuegesetzes
- ✓ Stärkung der erfolgreichen Straßensozialarbeit
- ✓ Einführung eines Sozialtickets für die Großwabe Ludwigshafen/Mannheim
- ✓ Förderung von barrierefreiem und seniorengerechten Wohnraum
- ✓ Realisierung des Behindertenbeirates inkl. des Behindertenbeauftragten
- ✓ Stärkung des erfolgreichen Seniorenkonzeptes der Stadt
- ✓ Erhöhung der Zuschüsse an die Sozialverbände ab 2019
- ✓ Unterstützung des Beirates für Migration und Integration, z.B. beim Antrag für Umzug der Ausländerbehörde in geeignetere Räumlichkeiten
- ✓ Kontinuierlicher Dialog und Austausch mit Verbänden der Migrantenselbstorganisationen und den Vertretern der Zivilgesellschaft aus Religionsgemeinschaften

Eine Vielzahl sozialer Errungenschaften und Einrichtungen unserer Stadt sind auf Initiative der Ludwigshafener Sozialdemokratie entstanden. Wir sehen es nach wie vor als unsere Aufgabe, denjenigen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die besondere Unterstützung brauchen, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen, diese auch zu bieten. Dazu zählen zum Beispiel die **konsequente Unterstützung** bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, wie aktuell die Einsatzstellen im **sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose** und niederschwellige Angebote für arbeitslose junge Menschen durch die **Jugendberufsagentur bzw. Jugendscouts**. Und es betrifft weitere, ganz unterschiedliche Bereiche:

- Wir fordern eine **engmaschige Kontrolle des Mindestlohnes und der Einhaltung des Tariftreuegesetzes bei öffentlichen Aufträgen**.
- Wir setzen uns ein für eine wohnortnahe **Sozialberatung** und deren Vernetzung– möglichst auf Ebene der Wohnquartiere. Vorhandene ortsnahe Angebote sind dabei einzubeziehen. Insbesondere muss die Beratung für folgende Bereiche garantiert werden:
 - Wohnsituation einschließlich Wohngeld
 - Rentenberatung einschließlich Versteuerung von Renten
 - Gesundheits- und Pflegesituation
 - Ortsnahe geriatrische Versorgung
 - Nachbarschaftliche Vernetzung und Unterstützung einschl. Schutz vor Vereinsamung
- Wir kämpfen für eine **Verbesserung der Barrierefreiheit im Öffentlichen Personennahverkehr** (ÖPNV) – hier herrscht Nachholbedarf, auch bei der Beschaffenheit von Haltestellen. Bei der Neuanschaffung von Bussen und Bahnen ist weiter darauf zu achten, dass möglichst viele Plätze barrierefrei genutzt werden können; dies ist wichtig sowohl für Rollstuhlfahrer als auch für Eltern mit ihren Kinderwagen. Bei den entsprechenden Planungen sind die Verbände auch in Zukunft stets rechtzeitig einzubeziehen.
- Die **Einführung eines ÖPNV-Sozialtickets im Rhein-Neckar-Verbundbereich** wollen wir weiter **vorantreiben**.
- Entsprechend vorhandene Angebote sind in einem **Sozialticket für kulturelle Einrichtungen** zusammenzuführen und in einem **Familienpass** anzubieten.

- Wir bemühen uns um eine personelle Verstärkung der **Schuldnerberatung**. Hier gibt es derzeit Wartezeiten bis zu drei Monaten. Nicht nur in Notfällen braucht es eine schnelle Hilfe – sondern im Normalfall. Die personelle und finanzielle Aufstockung der Schuldnerberatung ist daher dringend geboten.
- Bei der **Bewältigung des digitalen Wandels** für Jung und Alt müssen die Weiterbildungseinrichtungen der Stadt stärker unterstützen. Dazu ist insbesondere das freie Internet bei der **Volkshochschule** stärker auszubauen.
- **Verwaltung und Behörden brauchen eine leichte und verständliche Sprache** in allen Bereichen. Die Volkshochschule muss ihre Angebote dazu ausbauen, die Verwaltungsmitarbeiter stärker geschult werden. Generell sprechen wir uns dafür aus, dass die **Aus- und Fortbildung der Verwaltungsmitarbeitenden künftig wann immer sinnvoll möglich von der Volkshochschule** übernommen wird.
- Bei öffentlichen Veranstaltungen wollen wir durch den **Einsatz von Gebärdendolmetschern** Barrierefreiheit auch für Hörgeschädigte schaffen. Ebenso sollten die Ankündigungen von öffentlichen Veranstaltungen Hinweise auch auf die örtliche Barrierefreiheit enthalten.
- Die **kommunale Gesundheitsprävention** muss verstärkt werden. Wir werden dazu alle Anstrengungen für ein besseres Netzwerk unternehmen, damit niemand gesundheitlich unterversorgt bleibt. **Gesundheit für Alle ist das Ziel**. Wir setzen uns für die gesundheitliche wohnortnahe Daseinsvorsorge ein. Das bedeutet auch, dass wir in einzelnen Stadtteilen, in denen in den kommenden Jahren insbesondere Hausarztpraxen wegfallen, die Einrichtung von Ärztehäusern oder anderen Alternativen unterstützen.
- In der **Pflege** muss weiterhin gelten: **ambulant vor stationär**. Wir setzen uns für eine menschenwürdige Pflege ein. Wir wollen pflegebedürftige Menschen Raum geben, sich zu treffen, zu kommunizieren und ihre Fähigkeiten einzusetzen. Hierzu gibt es innovative Modellprojekte der Universität Kaiserslautern (wie z.B. „Ambient Assisted Living“), die wir auch für Ludwigshafen interessant machen wollen.
- **Der Aktionsplan für behinderte Menschen ist zügig umzusetzen**. Dazu zählen auch die baulichen Maßnahmen wie das **Absenken der Bürgersteige und akustische bzw. vibrierende Fußgängerampeln**. Der Beirat für Menschen mit Behinderung muss auch weiterhin mit dafür Sorge tragen, dass diese Menschen mitten in unserer Gesellschaft leben und teilhaben können. Freizeit- und Kultureinrichtungen sollen eine barrierefreie Teilnahme ermöglichen.
- Besondere Wohnformen sowie barrierefreier Wohnraum gilt es auszubauen. **Wir brauchen mehr Wohnraum, in dem Menschen mit und ohne Behinderung besser zusammenleben können. Auch Menschen mit Demenz gehören mitten in die Gesellschaft**. Es darf nicht passieren, dass sich Menschen mit ihren kranken Angehörigen aus der Gesellschaft zurückziehen.
- **Förderung neuer bzw. gemeinschaftlicher Wohnformen** mittels Baugenossenschaften, Baugemeinschaften, „Cohousing“ z.B. von Senioren und Studenten durch Initiierung sowie Betreuung und Beratung bei Planung und Realisierung.
- Die begonnenen **Verbesserungen in sozial schwierigen Quartieren** (insbesondere den Einweisungsgebieten für Obdachlose, d.h. Bayreuther Straße, Kropsburgstraße, Flurstraße) müssen mit Nachdruck vorangetrieben werden: Dazu wollen wir Erarbeitung eines Entwicklungskonzepts, die **Stärkung niederschwelliger Angebote** sowie dezentraler Unterbringungsmöglichkeiten.

- **Ambulante und stationäre Hospizarbeit gilt es auszubauen.** Es braucht eine Stärkung des Ehrenamtes in diesem Bereich durch vermehrte Gesprächs- und Schulungsangebote.
- Das insgesamt gute **Angebot für Seniorinnen und Senioren seitens der Seniorenförderung gilt es zu erhalten.** Ebenso müssen die vorhandenen Netzwerke verbessert und bekannter gemacht werden.
- Es müssen auch alle kommunalen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um **Kinder- und Altersarmut zu bekämpfen.** Dazu zählt auch eine verbesserte Informations- und Beratungspolitik von Seiten der Verwaltung.
- Wir wollen ein Projekt initiieren, um Alt und Jung unter einem Dach zusammenzubringen: eine „**Azubi-Studenten-Senioren- WG**“. In vielen Universitätsstädten gibt es schon ähnliche Modelle, wie zu Beispiel „Wohnen für Mithilfe“. Fenster putzen, Rasen mähen, beim Einkaufen helfen – und dafür kostenlos oder günstiger wohnen. Beide Seiten profitieren davon: Der ältere Mensch ist nicht mehr einsam, hat Hilfe im Haushalt und die Jüngeren haben eine preiswerte Unterkunft. Das geht nicht ohne Vereinbarungen, dabei könnten das Studentenwerk, der Seniorenrat und die Verwaltung als Vermittler und Berater dienen.
- **In Kitas und Schulen** gilt es, die **Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen** baulich und personell zu ermöglichen.

III. Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Unsere bisherigen Erfolge:

- ✓ Einleitung des Stadtumbaus mit dem Projekt „City West“
- ✓ Belebung der Innenstadt durch TWL Kundenzentrum und Pfalzwerke-Zentrale
- ✓ Innenentwicklung durch Neubau der Christian-Weiß-Siedlung, Entwicklung des Rheinuferes Süd und der Parkinsel
- ✓ Ausbau des ÖPNV in Sachen Barrierefreiheit beim Ausbau der Linie 10, durch die Einführung des Bike-Sharing-Dienstes „VRN Nextbike“, sowie die Umsetzung des Projekts RHB 2010 mit dem Ausbau der Infrastruktur und der Einführung der Expresslinie 9.
- ✓ Fortschreibung des Nahverkehrsplans
- ✓ Fortführung der Städtebauförderprogramme (Soziale Stadt)
- ✓ Modernisierung und Ausweitung des Wohnungsangebotes der GAG (insbesondere in der Pfingstweide, in Maudach und Gartenstadt)
- ✓ Neuausweisung von Wohngebieten (insbesondere in Oggersheim, Ruchheim, Rheingönheim und Maudach)
- ✓ Schaffung der neuen Ortsmitte in der Pfingstweide mit Einfamilienhausbebauung
- ✓ Zeitgerechte Abarbeitung der Straßenausbauprogramme in den Stadtteilen
- ✓ Ausbau der Brunckstraße

Stadtentwicklung und Stadtplanung stellen die zentralen Themen für die nächsten Jahre dar. Der Rück- bzw. Umbau der Hochstraßen Nord und Süd, verbunden mit dem Stadtumbau um „City West“, sind dabei prägend für die nächsten Jahrzehnte und bieten zugleich ein enormes **Entwicklungspotential** für die Stadt.

Vor dem Hintergrund einer anhaltenden Urbanisierung und damit weiterem Wachstum ist die Wohnungsfrage allgegenwärtig. Die Betrachtung von Wohnen als Grundrecht ist dabei ein Kernthema der SPD. Neben der **Schaffung von bezahlbarem Wohnraum** spielen auch die **ökologische Verträglichkeit** des Bauens, die **ausgewogene Mischung** und Vielfalt der Quartiere sowie öffentlicher Raum und Stadtgrün eine große Rolle für die Lebensqualität in der Stadt. Neben der Entwicklung der Gesamtstadt bedarf es dabei ebenfalls der **Sicherung und Entwicklung der einzelnen Stadtteile**.

Mit Blick auf den Hochstraßenabriss und den Wandel im Mobilitätsverhalten sind eine weitere **Stärkung des ÖPNV** und die **Verbesserung der Bedingungen für Fuß- und Radverkehr** nötig, auch zu Gunsten einer Reduzierung der Lärm- und Abgasbelastung.

Bei allen Vorhaben, gleich ob Stadtreparatur oder Neubau, bedarf es einer ergebnisorientierten **Bürgerbeteiligung und transparenten Informationspolitik** sowie des Einbezugs aller Akteure auf Augenhöhe. Neben den Bürgern sind dies besonders Vereine, Verbände, Ehrenamtliche, Initiativen, Kulturschaffende sowie der Einzelhandel, lokale Wirtschaft und Industrie, aber auch Nachbarkommunen wie Frankenthal, der Rhein-Pfalz-Kreis oder Mannheim.

Auf Grund der schwierigen Haushaltssituation besteht oft nur ein geringer Handlungs- und Gestaltungsspielraum. Umso wichtiger ist es deshalb, **kommunale Mittel gezielt und effektiv zu investieren** sowie einen klaren rechtlichen sowie planerischen Rahmen für Investoren zu setzen, um damit eine strategische Stadtentwicklung zu ermöglichen.

Unsere Ziele im Bereich Bauen & Wohnen:

- Wir machen uns für die Schaffung von Wohnraum in allen Mietpreissegmenten stark, um dem zunehmenden Druck auf dem Wohnungsmarkt zu begegnen. Insbesondere **bezahlbarem Wohnraum** für Familien, Seniorinnen und Senioren oder auch Studierenden mit mittleren und niedrigen Mietpreisen, den der Markt von alleine nicht schafft, gilt dabei unser Augenmerk.
- Dazu ist eine **Sozialquote beim Wohnungsbau einzuführen** – damit bei zukünftigen Neubauten auch Wohnraum im günstigen und mittleren Mietbereich geschaffen wird, der andernfalls dem Marktmechanismus und Renditestreben von Investoren zum Opfer fallen würde. Auch Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen müssen sich guten Wohnraum leisten können. Eine passgenau auf das jeweilige Quartier ausgestaltete Quote fördert unser wohnungsbaupolitisches **Leitbild sozial durchmischte Quartiere – was auch und gerade mittleren Einkommen zugutekommt**.
- **Stärkung des kommunalen Wohnungsbaus durch die GAG:** Wichtigstes Instrument unserer Wohnungsmarkt- und Wohnungsbaupolitik ist unsere städtische Tochtergesellschaft GAG mit rund 13.000 Wohnungen. Die GAG modernisiert in großer Zahl preisgünstigen Wohnraum. Unser Ziel ist es, die Zahl der preisgünstigen Wohnungen bei der GAG zu halten und auszubauen, auch wenn im Einzelfall Neubauten den Altbestand ersetzen müssen. Neue preisgünstige Wohnungen sollen durch Inanspruchnahme der wieder aufgelegten Förderprogramme in Ludwigshafen entstehen.
- Die SPD Ludwigshafen steht wohnungsbaupolitisch zum **Leitbild sozial gemischter Stadtquartiere**. Bei der Entwicklung neuer Wohnquartiere werden wir daher einen festgelegten Anteil günstigerer Wohnungen sicherstellen. Preisgünstige Wohnungen sollen in allen Stadtteilen vorhanden sein. Eine solche Quote für bezahlbaren Wohnraum wollen wir passgenau für das jeweilige Quartier über städtebauliche Verträge festlegen.
- Umsetzung einer **konsequenten Innenentwicklung** nach dem Leitbild der doppelten Innenentwicklung: Nachverdichtung von Baulücken, Brachflächen und ähnlichem bei der gleichzeitigen Schaffung und **Qualifizierung von Grünflächen und Erholungsräumen**.
- Im Rahmen der Neufassung des Flächennutzungsplans ist zu prüfen, wo bauliche **Erweiterung der Ortsrandgebiete** möglich und sowohl mit Blick auf die Umwelt als auch die Stadtentwicklung verträglich sind.
- Wir treten für ein nachhaltiges Wachstum durch die **Ausweisung neuer Baugebiete** mit flächensparendem Siedlungsbau mittlerer bis hoher Dichte, Nutzungsmischung durch Gewerbe im Erdgeschoss, soziale Mischung, Förderung von Baugemeinschaften sowie Reduzierung des Individualverkehrsaufkommens unter Stärkung von ÖPNV, Fuß- und Radverkehr ein. Dem Bau von **Wohnungen auch insbesondere für junge Familien** gilt dabei besonderes Augenmerk.
- Erarbeitung von **Entwicklungsplänen für Bestandsquartiere**.
- Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende und Studierende, auch durch **Gründung eines lokalen Studierendenwerkes in Kooperation mit Mannheim**.
- Förderung eines kleinteiligen, parzellierten Städtebaus sowie Planung gemäß dem Leitbild „**Stadt der kurzen Wege**“ und der Leipzig-Charta.

- **Förderung von sozialem Wohnungsbau**, Ausgestaltung durch Quotierung des geförderten Wohnungsbaus in Verbindung **mit** städtebaulicher **Qualitätssicherung** durch ein Innenentwicklungsmodell.
- Sicherung und **Förderung von Baukultur** sowie städtebaulicher und architektonischer Qualitätsstandards durch Festlegung von Planungsgrundsätzen, Qualitätszielen sowie baulichen und zeitlichen Mindeststandards, Erarbeitung von Gestaltungssatzungen für Stadtteile bzw. einzelne Quartiere (z.B. Hemshof, Mitte), **Erweiterung des Stadtentwicklungsausschusses um die Aufgabe eines Gestaltungsbeirates** sowie Konzeptvergabe bei städtebaulichen Wettbewerben.
- **Wir denken bei allen Neubauquartieren** den bedarfsgerechten Neubau bzw. die Erweiterung oder Sanierung von **KiTa's und Schulen mit**.
- Stadtreparatur durch Neubau und Sanierung sowie **Förderung von historischen Rekonstruktionen bzw. „schöpferischen“ Neubauten**.
- Einrichtung eines digitalen **Baulückenkatasters** zur systematischen Erfassung von Baulücken und Potentialflächen, Vermittlung von Eigentümern und Investoren sowie Beratung in Bau- und Finanzierungsfragen.
- **Sicherung der Nahversorgung** für täglichen Bedarf und medizinische Versorgung sowie Forcierung einer flächendeckenden Nutzungsmischung.
- **Förderung neuer bzw. gemeinschaftlicher Wohnformen** mittels Baugenossenschaften, Baugemeinschaften, „Cohousing“ z.B. von Senioren und Studenten durch Initiierung sowie Betreuung und Beratung bei Planung und Realisierung.

Unsere Ziele im Bereich Verkehr und Infrastruktur:

- Das Projekt Abriss der **Hochstraße Nord** und Bau der **langen Stadtstraße** als Chance nutzen: um Menschen dazu zu bewegen vom Auto auf Bus, Bahn oder Rad umzusteigen. Wir werden dabei nicht in ideologische Debatten zu verfallen. Wir brauchen weiterhin eine vernünftige Straßeninfrastruktur. Dazu gelten für uns folgende Maßstäbe:
 - Da wir bereits jetzt sehen, dass die Bauverwaltung angesichts der Vielzahl von Großprojekten an ihre Grenzen gerät, ist zu prüfen, welche Leistungen insbesondere auch der Bauaufsicht an externe Fachfirmen vergeben werden können.
 - **Mögliche Kostensteigerungen dürfen nicht alleine an der Stadt hängen bleiben.** Wir fordern den Bund auf mindestens 60 Prozent und das Land mindestens 25 der tatsächlich bei Bauende abzurechnenden förderfähigen Kosten zu übernehmen.
 - Für die Bauzeit muss ein **großräumiges Umleitungskonzept** greifen, welches bereits in Teilen vorbereitet ist.
- **Fundierte Planungen:** Mit Blick auf den ca. 500 Meter langen Teil der **Hochstraße Süd**, der marode ist, der sogenannten Pilzhochstraße, erwartet die SPD Ludwigshafen von der Bauverwaltung möglichst zeitnah verlässliche Prüfergebnisse hinsichtlich aller denkbaren Varianten. **Seriöse Politik trifft Entscheidungen auf Grundlage verlässlich geprüfter Alternativen.** Diese Linie verfolgt die SPD Ludwigshafen bei der Hochstraße Süd. Sobald geprüfte Varianten vorliegen, werden wir diese in einem gemeinsamen, **breiten Diskussionsprozess mit den Bürgerinnen und Bürgern anhand der Kriterien „Verkehrliche Auswirkungen“, „Auswirkungen auf die Stadtentwicklung“ und „Wirtschaftlichkeit“** bewerten.
- **Reduzierung der Lärm- und Abgasbelastung** durch den gezielten Ausbau sowie die Förderung des ÖPNV sowie des Rad- und Fußverkehrs.

- Positionierung als **fahrradfreundliche Stadt** durch
 - Sanierung bestehender Radwege und Schließung von Lücken im Radwegenetz
 - Öffnung der Bismarckstraße für Radfahrer
 - Öffnung von Einbahnstraßen für Radfahrer in beide Richtungen
 - Verbesserungen in der Systematik von Ampelschaltungen – die Fließgeschwindigkeit von Radfahrern berücksichtigend
 - Ausbau von Rad(schnell)wegen und Fahrradstraßen; punktuelle Freigabe von Einbahnstraßen
 - verbessertes Angebot an sicheren und hochwertigen Fahrradabstellanlagen
 - forcierter Ausbau des regionalen Fahrradvermietsystems „VRNnextbike“

- **Stärkung des ÖPNV** – auch als Alternative während der Hochstraßen-Maßnahmen – durch:
 - **Ausbau der Stadtbahnlinien** (Pfungstweide, Maudach-Mutterstadt-Dannstadt, Neuhofen-Waldsee)
 - Angebotserweiterungen durch **zusätzliche Züge und Taktverdichtungen, auch durch Expresszüge**, sowie höhere Platzkapazitäten bzw. längere Züge; Sicherstellung einer **ausreichenden Taktdichte auch in den Abendstunden**
 - **Wiedereinführung der Linie 11** von Friesenheim via Ruthenplatz, BASF und Rathaus Richtung Berliner Platz
 - Einrichtung eines **neuen S-Bahn-Haltepunktes „LU-West/Friesenheim“** Höhe Heinrich-Pesch-Haus, auch zur Erschließung der dort geplanten neuen Siedlung
 - Etablierung von **Direktzügen zur BASF** auch aus nördlicher Richtung
 - **Bessere Verknüpfung der Bahn- und Busverkehre**: leichtere Umsteigemöglichkeiten und Sicherstellung von Anschlussverbindungen durch...
 - Anpassungen im Fahrplan
 - gezielte „Warten!“-Kommunikation zwischen den Fahrzeugführern
 - Verbesserung der Pünktlichkeit
 - Stärkung von **Tangential-Bus-Linien** (wie z.B. zwischen Oggersheim und Maudach) um zeitraubende Umwege über die City überflüssig zu machen und umsteigefreie Verbindungen auszubauen
 - **Erhöhung der Qualitätsstandards bzw. der Benutzerfreundlichkeit** im ÖPNV insb. in den Bereichen Barrierefreiheit, Sicherheit, Pünktlichkeit und Fahrgastkomfort, vor allem im regionalen Busverkehr
 - **Erweiterung der Informationsangebote** insb. durch:
 - Ausbau digitaler Fahrgastinformationen
 - Anzeige digitaler Fahrplaninformationen in öffentlichen Einrichtungen
 - besseres Informationsmanagement bei Verspätungen
 - **Attraktivere Verknüpfung aller Verkehrsmittel insbesondere durch**
 - Ausweitung der Park&Ride-Parkplätze (P&R)
 - Ausweitung der Bike&Ride-Stellplätze (B&R)
 - Einrichtung von „Mobilitätsstationen“: Verknüpfung über P&R und B&R hinaus durch Fahrradverleih- und E-Auto-Lade-Stationen

- **Bündnis mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Kammern** zur Etablierung von zusätzlichen **Job-Ticket**-Angeboten, Ausweitung von **Home-Office**-Möglichkeiten, Ausweitung der **Gleitzeitregelungen** zur Verminderung und Entzerrung des Verkehrsaufkommens sowie Ausweitung des betrieblichen Mobilitätsmanagements (insb. Förderung der Fahrradnutzung durch den Ausbau von Fahrradabstellanlagen sowie die Nutzung von Fahrradverleihsystemen, Förderung von E-Autos durch Einrichtung bevorzugter Parkplätze sowie Förderung von Fahrgemeinschaften).

- Zur Entzerrung des Verkehrsaufkommens insgesamt und zur Glättung von Auslastungsspitzen beim rollenden Material der RNV werden wir uns für einen **zeitversetzten Schulbeginn** bei den verschiedenen Schulen einsetzen.

- Wir machen uns weiterhin für die **Öffnung des Posttunnels** und damit für eine gute fußläufigen Verbindung zwischen dem Hauptbahnhof einerseits und dem Technologie- und Bildungszentrum mit den Berufsbildenden Schulen und der Hochschule andererseits stark.
- Insbesondere werden wir uns für die **Einführung von Job-Tickets bei den städtischen Tochtergesellschaften** stark machen.
- **Stärkung der Infrastruktur** durch
 - Einsatz von innovativen Verkehrsleitsystemen zur Entzerrung des Verkehrsaufkommens
 - Ausbau von Schnell-Ladestationen für E-Autos sowie den Aufbau eines Ladestelleninformationssystems
 - bevorzugte Planung bzw. Ausweisung von Wohnbauflächen in fußläufiger Nähe zu bestehenden bzw. geplanten (Stadt-)Bahnstrecken
- **Stärkung alternativer Verkehrswege** mittels Privilegierung von Car-Sharing-Angeboten und E-Autos durch erlaubte Nutzung von Busspuren bzw. Reservierung spezieller Parkflächen sowie Förderung von Mitfahrzentralen und Car-Pooling-Angeboten.
- Ausarbeitung eines **Verkehrsentwicklungsplans** als Fortschreibung des bestehenden Generalverkehrsplans sowie Mobilitätsmanagement.
- **Baustellenmanagement und Schutz der Stadtteile vor Durchgangsverkehr** im Kontext großer Baustellen.
- Ausarbeitung eines **Güterverkehrskonzeptes**. Unter anderem sollte dabei auch die Errichtung eines Micro Hub in der Innenstadt geprüft werden, um unnötige Wege auf bei der Paketzustellung zu vermeiden.
- **Stärkung der digitalen Infrastruktur** mittels Ausbau des Glasfaser- und Breitbandnetzes insbesondere an Knotenpunkten und Achsen sowie in den Stadtteilen; punktuelle Schaffung von WLAN-Hot-Spots im öffentlichen Raum.

Unsere Ziele im Bereich Stadtentwicklung und öffentlicher Raum:

- Insbesondere hinsichtlich der Anbindung der **Innenstadt** setzen wir auf eine **verstärkte Nutzung von Bahnen und Bussen** (ÖPNV) und ein entsprechend verbessertes Angebot.
- **Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes 2010 (1999)** und der Ergebnisse des Zukunftsforums 2020 (2004) als allgemeine Grundsätze und thematische Leitlinien im Rahmen eines langfristigen (~2040) und integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (Gesamtstadt und teilträumliche Konkretisierungen), Einrichtung einer Stabstelle mit Besetzung durch die betreffenden Bereichsleiter, externe Experten sowie eine wissenschaftliche Begleitung.
- Überarbeitung der städtischen Website, **Auflistung und Kartierung aller städtischen Vorhaben** sowie Projekte der Innenentwicklung mit Daten, Planungsunterlagen.
- **Förderung der kulturellen Stadtentwicklung** mittels bürgerschaftlichem Engagement über Vereine und Initiativen zur Aufwertung, Aneignung sowie **Belebung des öffentlichen Raumes** sowie zur Zwischennutzung von Leerständen, besonders auf Quartiersebene.
- **Stärkung des Stadtteil- und Quartiersmanagements** und Ausweisung neuer Soziale-Stadt-Quartiere, wie dem bereits in Planung befindlichen „Dichterquartier“ im Stadtteil Süd.

- **Schaffung von Ansiedlungsinteressen für Unternehmen sowie Förderung von Unternehmensgründungen**, Fortschreibung des Flächennutzungsplans in enger Abstimmung mit dem informellen Stadtentwicklungskonzept.
- **Verstärkte Digitalisierung der Stadtverwaltung** zur Verbesserung unbürokratischer Online-Vorgänge (z.B. bei der Kfz-Zulassung, ...) sowie Entlastung der Verwaltungsangestellten.
- **Umgestaltung und Begrünung des Berliner Platzes** als attraktive Verbindung von Innenstadt und Rheinufer.
- **Umgestaltung und Begrünung der Fußgängerzone** für eine neue Aufenthaltsqualität
- Aufwertung öffentlicher Räume im Sinne der „**Stadt als Wohnzimmer**“ und Schaffung neuer „**Wohlfühlorte**“, ggf. Nutzung von Mitteln der Städtebauförderung für aktive- Stadt- und Ortsteilzentren.
- Förderung der Nutzpflanzen auf öffentlichen Grünflächen im Sinne einer „**essbaren Stadt**“, eventuelle Verknüpfung mit öffentlichen Gebäuden als Lehr- und Erlebnisgärten.

IV. Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit

Unsere bisherigen Erfolge:

- ✓ Aufstockung des Ordnungsdienstes (Kommunaler Vollzugsdienst, KVD) auf 40 Planstellen
- ✓ Stärkung der Kooperation zwischen Polizei und KVD
- ✓ Etablierung des Haus des Jugendrechts inklusive des Projekts „Frühe Intervention bei Strafmündigen“
- ✓ Etablierung des Rats für Kriminalitätsverhütung
- ✓ Themenbezogenen „runde Tische“ – Treffen verschiedener Berufsgruppen zur gemeinsamen und effektiven Zusammenarbeit
- ✓ Arbeitskreis „SOS“ (Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit)
- ✓ Etablierung einer Gefahrenabwehrverordnung für den Berliner Platz
- ✓ Schaffung eines Grünflächen- und Friedhofskonzepts
- ✓ Aufstellung zusätzlicher Abfallbehältern
- ✓ Verstärkte Reinigungsintervalle im Stadtteil Hemshof und in der Innenstadt
- ✓ Initialisierung eines neuen Straßenreinigungskonzepts
- ✓ Installation von Hundekotbeutel Spendern

Nur wer sich in seiner Stadt sicher fühlt, wird sich auch wohlfühlen. Bei Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern zeigt sich hier Handlungsbedarf. Ziel ist es das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen – und auch die objektive Sicherheitslage tatsächlich zu verbessern. Angsträume sollten konsequent beseitigt und bei Baumaßnahmen schon von vorneherein vermieden werden. Dies gilt nicht nur für den Berliner Platz, sondern auch für den Ludwigshafener Hauptbahnhof und andere Orte in den Stadtteilen Ludwigshafens. Bei der Konzeptionierung muss daher immer das gesamte Stadtgebiet betrachtet werden. Die Sicherung des Berliner Platzes darf beispielsweise nicht zu Verdrängungseffekten in die umliegenden Regionen und die Stadtteile führen. Während sich viele Bürger und Passanten tagsüber im Stadtzentrum aufhalten, so bewegen sie sich am Abend zurück in ihre Stadtteile und auch hier müssen sie sich zu jeder Tages- und Nachtzeit wohl und sicher fühlen können.

Die Menschen möchten in einer sauberen Stadt leben. Hier braucht es klare Sanktionen gegen Müllsünder, aber auch intensivere Informationen über die richtige Entsorgung. Wir unterstützen den Aktionsplan zur Müllvermeidung und -trennung, abgestimmt auf die Möglichkeiten der einzelnen Quartiere. Die eng bebaute Innenstadt hat andere Anforderungen als ein Vorort mit großen Grundstücken. Die Sauberkeit ist aber für alle Bürger ein wichtiges Thema und auch ein Aushängeschild für unsere Stadt.

Unsere Ziele im Bereich Sicherheit und Ordnung:

- Dem Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger ist angemessen und wirkungsvoll Rechnung zu tragen. Voraussetzung dafür ist eine angemessene Kontrolltätigkeit durch die Verwaltung, wofür dauerhaft ausreichend qualifiziertes Personal vorgehalten werden muss. Wir fordern die **aufgabenorientierte personelle Ausstattung** des Bereichs öffentliche Ordnung. Nur so können die von den Bürgerinnen und Bürgern erwarteten **zeitnahen,**

effektiven Kontrolltätigkeiten sichergestellt werden. Die Präsenz der Ordnungskräfte muss in einem angemessenen Maße sichergestellt werden. Dazu muss gewährleistet sein, dass das Personal im Bereich öffentliche Ordnung sowohl gut ausgebildet als auch optimal ausgestattet ist. Die Erreichbarkeit der Ordnungskräfte gerade in den Abend- und Nachtstunden hängt erheblich von der Anzahl der verfügbaren Telefonleitungen ab. Die ausreichende Zahl der Mobiltelefone und Leitungen für die Streifenfahrten ist eine effektive Lösung zur oft kritisierten mangelnden Erreichbarkeit. Die Bürger müssen auf die Verlässlichkeit der Erreichbarkeit vertrauen können. Ein Verweis auf die Polizei darf nur in Notfällen erfolgen.

- Durch eine **höhere Präsenz der Ordnungskräfte und eine Intensivierung der Streifengänge** an besonders auffälligen Plätzen können auch sogenannte „**Angsträume**“ in der Stadt und den Stadtteilen verringert werden. Dies trägt zu einer Verbesserung sowohl der objektiven Sicherheit als auch und vor allem zu einer Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung bei.
- Angsträume sind durch **gute Beleuchtungskonzepte** zu bekämpfen, bereits bei der Bauplanung schlecht einsehbare Ecken zu vermeiden und **übersichtliche und gut einsehbare Verbindungswege** zwischen ÖPNV Haltestellen und Wohngebieten zu schaffen. Die Verlagerung der Verkehrsströme auf den ÖPNV kann nur gelingen, wenn die Menschen bei der Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel kein ungutes Gefühl haben. Die Gestaltung der Haltestellen und des direkten Umfeldes muss daher entsprechend frühzeitig und in Kooperation mit den Verkehrsbetrieben bürgerfreundlich geplant werden.
- Bei allen Sicherheitsfragen wollen wir die **Bürgerinnen und Bürger besser beteiligen**, zum Beispiel mittels **gemeinsamen Sicherheitsbegehungen** und der **stärkeren Einbindung des Seniorenrats** bei bevorstehenden Planungen.
- Wir wünschen uns eine **Kampagne „Respekt“**, die einen respektvollen Umgang mit Mitbürgerinnen und Mitbürgern, den Beschäftigten der Verwaltung sowie von Rettungsdiensten und der Polizei aufzeigt. Dabei müssen die unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen gezielt angesprochen werden und beispielsweise spezielle Aktionen in Schulen und Kindertagesstätten erfolgen. Denn der Respekt vor anderen ist ein gesellschaftlicher Wert, der nur bei einer frühen Sensibilisierung nachhaltig gelingen kann.
- Ein Schwerpunkt bei der Bekämpfung von Kriminalität muss weiterhin bei der **Prävention** liegen. Hier sind mit dem Rat für Kriminalitätsverhütung und dem Haus des Jugendrechts die entsprechenden Strukturen geschaffen und etabliert worden, die es auszubauen und weiter zu stärken gilt. Durch präventive Maßnahmen in der Jugendhilfe können kriminelle Karrieren erkannt und verhindert werden, weshalb hierauf der Fokus liegen muss. Der Umgang mit straffällig gewordenen Kindern ist ein Problem, dem die Justiz keine adäquaten Lösungen entgegenstellen kann. Lösungsansätze können hier nur in der **Kooperation zwischen Jugendhilfe und Strafverfolgungsbehörden** entwickelt werden. Dabei hat die Stadt Ludwigshafen mit dem Projekt FIBS (Frühe Intervention bei Strafunmündigen) eine bundesweite Vorreiterrolle. Hier gilt es aus dem Projektstatus heraus ein Regelangebot der Jugendhilfe zu etablieren. Die bereits erfolgte Zusammenführung der Fachdienste Schulsozialarbeit und Jugendhilfe im Strafverfahren in einer Abteilung ist strukturell auszubauen. Auch der Problematik der jugendlichen Mehrfach- und Intensivtäter muss dabei durch eine effektive Zusammenarbeit der Behörden begegnet werden. Dabei gilt es bewährte Erziehungshilfeangebote abzusichern und **zeitgemäße Reaktionsformen** im Rahmen des Sozialgesetzbuchs VIII weiterzuentwickeln.
- Im Hinblick auf frühe Intervention bei Schulverweigerung sind die Schulsekretariate personell so auszustatten, dass **zeitnahe Informationsflüsse an die Eltern und die Jugendhilfe**

sichergestellt sind. Nur rechtzeitige Reaktionen verhindern eine Verfestigung von „Schulschwänzen“ und damit einhergehender möglicher Straffälligkeit.

- Präventive Maßnahmen müssen auch im Bereich der aufsuchenden Sozialarbeit gestärkt werden. **Streetworker in den sozialen Brennpunkten und den öffentlichen Plätzen** tragen entscheidend zur Verbesserung des Miteinanders bei. Der Umgang mit der öffentlichen Trinkerszene kann nachhaltig nur durch den sozialen Kontakt und Hilfestellungen gelingen, da alleine Ordnungsmaßnahmen nur zur Verdrängung in die Stadtteile führen.
- Die Kontrolltätigkeit bei wildem Parken muss konsequent und stadtweit erfolgen, was nur durch die angemessene Ausstattung des Bereichs Ruhender Verkehr gelingen kann. Verkehrswidrig abgestellte Fahrzeuge stellen nicht nur ein Ärgernis für die Anwohner dar, sondern vor allem auch ein erhebliches Sicherheitsrisiko. Die **Zufahrtsmöglichkeit der Feuerwehr und Rettungsdienste muss zu jeder Zeit gewährleistet sein.**
- Die **Verwaltung** muss insgesamt noch bürgerfreundlicher werden, z.B. sind behördliche Genehmigungsverfahren **zu vereinfachen**. Die zum Teil komplizierten, umfangreichen und langwierigen Verfahren müssen transparenter und überschaubarer, bürger- und unternehmensfreundlicher und damit noch effizienter und schneller gemacht werden. Wir fordern daher statt einer unübersichtlichen Genehmigungsstruktur und der Verweisung unter den einzelnen Abteilungen einen gut erreichbaren zentralen Ansprechpartner für die Bürger, der die Verfahren innerhalb der Verwaltung steuert und an die zuständigen Stellen verteilt.

Unsere Ziele im Bereich Sauberkeit:

- **Müllsünder sind konsequent zu bestrafen** – auch mittels Einsatz von **Mülldetektiven**. Ungenehmigte Sperrmüllberge in der Stadt müssen zum einen auf Kosten der Allgemeinheit entsorgt werden, sorgen aber auch für ein ungutes Gefühl von Verwahrlosung in unseren Straßen.
- Das eingeführte **Konzept im Bereich der Straßenreinigung und der Grünpflege ist weiter zu entwickeln**. Wuchernde Hecken, die Straßen und Plätze schlecht einsehen lassen, tragen zur Entwicklung von Angsträumen bei, die wir verhindern müssen. Das gepflegte Erscheinungsbild unserer Stadtteile trägt maßgeblich zu unserem Behagen im öffentlichen Raum bei. Dabei muss der Einsatz von Personal und Ressourcen möglichst gebührenscho-nend erfolgen.
- Eine **zentrale Meldestelle** für illegale Müllablagerung und Ungezieferbekämpfung ist bei der Verwaltung zu installieren. Über die sozialen Medien werden regelmäßig Müllablagerungen im ganzen Stadtgebiet dokumentiert; die Bürgerinnen und Bürger Ludwigshafens laufen aufmerksam durch unsere Stadt – und können so schnelle und zielgerichtete Hinweise geben. Das Wissen um das wachsame Auge der Menschen kann hier zur Bekämpfung von illegalem Müll beitragen.
- Das Projekt „**Unser Stadtteil soll sauberer werden**“ ist zu **intensivieren**. Die Bürger mit in die Verantwortung zu ziehen und ein Zeichen dafür setzen, dass es uns allen wichtig ist, in einer sauberen Stadt zu leben, ist von maßgeblicher Bedeutung für das Gelingen dieser Aufgabe.
- Die Naherholungsgebiete, insbesondere **Grünflächen**, öffentliche Parks und Plätze sowie Spielplätze sind **besser zu pflegen** als bisher. Der Erholungs- und Freizeitwert unserer Stadt muss erhalten und verbessert werden. Viele Familien nutzen die Parks und Weiher im Stadtgebiet an Wochenenden und in der Freizeit als beliebte Abwechslung. Es muss gelingen, dass die Bürger Ludwigshafens sich auch gerne in ihrer Freizeit in der Stadt aufhalten.

- Wir wollen die Wiedereinführung der mobilen Grünflächenaufsicht, es gilt: zurück zum alten und bewährten **Konzept des „Schütz“**, der seinen Stadtteil und die Nutzer der Grünanlagen kennt.
- Mit dem neuen Friedhofskonzept sind die **Friedhöfe in einen würdevolleren Zustand zu bringen**, der auch die Möglichkeiten der verschiedenen Bestattungsformen berücksichtigt. Es ist zunehmend zu beobachten, dass Bürger Ludwigshafens lieber in den Umlandgemeinden, als in ihrer Heimatstadt begraben werden möchten, weil beispielsweise eine Bestattung im Friedwald gewünscht wird. Die Stadt Ludwigshafen muss dieser Entwicklung dadurch begegnen, dass die Bestattungskonzepte den Anforderungen der Zeit entsprechen. Auch der Sanierungsstau bei Trauerhallen auf den Stadtteilmfriedhöfen darf dabei nicht außer Acht gelassen werden.

V. **Kultur, Integration, Sport und Ehrenamt**

Unsere bisherigen Erfolge:

- ✓ Sanierung des Freibades am Willersinnweiher
- ✓ Erhöhung der allgemeinen Zuschüsse an die Sportvereine ab 2019 sowie Erhöhung der Baukostenzuschüsse für Instandhaltungsmaßnahmen an vereinseigenen Anlagen
- ✓ Modifizierung der Sportförderrichtlinien der Stadt (Priorität Förderung der Vereine mit eigenen Anlagen sowie die Jugendarbeit)
- ✓ Sonderprogramm „Sanierung der Bezirkssportanlagen“
- ✓ Förderung von regionalen und überregionalen Sportveranstaltungen als positive Imagefaktoren für die Stadt
- ✓ Ab 2019 Zuschüsse zur Unterstützung von Stadtteilfesten (Umzüge, Schilder, Genehmigungen etc.)
- ✓ Schaffung eines Ehrenamtsbeauftragten, insb. zur Unterstützung der Vereine und Initiativen bei der Einhaltung bürokratischer Auflagen
- ✓ Einführung der landesweiten Ehrenamtskarte
- ✓ Sonderprogramm „Förderung von ehrenamtlichen Eigeninitiativen“
- ✓ Erhöhung der Mittel für Kultur, auch für die freie Kultur, trotz schwieriger Haushaltslage. Dabei Wahrung der Verteilungsgerechtigkeit zwischen institutionalisierter und freier Kultur
- ✓ Sicherung großen bürgerschaftlichen Engagements z.B. mit den Mitteln für den Kultursommer
- ✓ Einsatz für eine Preispolitik, die Kultur allen Bevölkerungsgruppen zugänglich macht, z.B. durch günstige Preise bei Stadtbibliothek oder Musikschule sowie die Fortführung des eintrittsfreien Samstags und des freien Eintritts für Schulklassen im Wilhelm-Hack-Museum
- ✓ Stärkung der Ludwigshafener Kulturinstitutionen, z.B. durch die Graswurzel-Kultur im Hack-Garten
- ✓ Erfolgreiche Sanierung der nun weithin führenden Stadtbibliothek
- ✓ Sicherung der Stadtteilbibliotheken auf gutem Niveau
- ✓ Etablierung der Kulturinitiative im Jugendbereich
- ✓ Unterstützung durch das Kulturbüro bei Betreuung, Beratung (z.B. Fundraising) und Förderung von Künstlern und freier Szene
- ✓ Auflegung einer kontinuierlichen Kulturberichterstattung als Basis für angepasste Strategien für mehrere Jahre

Kultur, Sport und das Ehrenamt an sich wirken in einer immer vielfältiger werdenden Stadtgesellschaft als integrierende und verbindende Kraft, stellen Gemeinsamkeit her und tragen entscheidend dazu bei, dass Menschen sich in ihrer Stadt wohlfühlen. Das vielfältige Ludwigshafener Vereins-, Verbands- und Kulturleben leistet für unsere Stadtgesellschaft einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Gemeinschaftsgedankens. Das Ehrenamt hat für unsere Stadt eine große gesellschaftliche Bedeutung. Daher wollen wir diese Bereiche gezielt stärken.

Unsere Ziele im Bereich Kultur:

- Kunst und Kultur sind die kreativen Quellen für die Stadtgesellschaft. Sie tragen entscheidend dazu bei, dass die Menschen sich in ihrer Stadt wohlfühlen. Unser Ziel sind **gute Rahmenbedingungen für die städtische und freie Kulturarbeit** und die Künstlerinnen und Künstler. Um die Kultur- und Kunstförderung in Ludwigshafen konzeptionell weiter zu entwickeln, ist eine **kontinuierliche Kulturberichterstattung** notwendig. Sie ist die Basis für angepasste Entwicklungsstrategien und einen konzeptionelle **Kulturentwicklungsplan** um unsere Stadt kulturell zu profilieren.
- Als meistgenutzte Kultureinrichtung unserer Stadt ist die **Stadtbibliothek** ein bedeutender Ort der Bildung für alle Gesellschaftsschichten. Die Modernisierung der Stadtbibliothek ist abgeschlossen und darf als vorbildlich gelten: Sie bietet die Räume zur Kommunikation und ihre neue Ausrichtung in Kombination aus offline/online und Einsatz der neuen Medien zeigt: Bibliothek ist mehr als „print“. Dieses Zukunftsmodell braucht unsere andauernde Unterstützung. Wir wollen die Präsenz der Stadtbibliothek in den **Stadtteilen** auch in Zukunft sicherstellen. Die Bibliothek war bis zur Renovierung ein wichtiger **Ausstellungsort**. Die sollte sie auch in Zukunft wieder sein können.
- Mit dem **Wilhelm-Hack-Museum** verfügt Ludwigshafen über ein renommiertes Kunstmuseum, das mit attraktiven Wechselausstellungen bundesweit immer wieder auf sich aufmerksam macht. Dies wollen wir weiter fördern. Die verstärkte **Gemeinwesen-Orientierung** des Museums wollen wir gerne auch in Zukunft unterstützen, wir begrüßen und unterstützen das Projekt Streetart.
- Das **Theater im Pfalzbau** hat als traditionelles, qualitätsvolles Gastspielhaus – ohne eigenes Ensemble – ein eigenes, unverwechselbares Profil. Dieses **Profil gilt es in der Zukunft programmatisch weiter zu stärken und zu schärfen**.
- Das **Ernst-Bloch-Zentrum, die Musikschule, das Stadtarchiv, das Stadtmuseum und die verschiedenen Stadtteilmuseen** sind wichtige kulturelle Zentren. Sie leisten auch einen wichtigen Beitrag im Bereich der historisch-kulturellen Bildung leisten.
- Es gilt alle Formen der **Gedenkarbeit zu stärken** – die der städtischen Einrichtungen, der konfessionellen Träger und das bürgerschaftliches Engagement (Bsp. Stolpersteine). Sich erinnern heißt dabei immer auch, aus der Geschichte zu lernen. In Ludwigshafen ist kein Platz für Rassismus oder Antisemitismus.
- **Interkulturelle Öffnung** ist in einer Stadt wie Ludwigshafen längst unverzichtbar. Die interkulturelle Öffnung der städtischen Kultureinrichtungen hat sich in den letzten Jahren beachtlich entwickelt: Jugendtheaterprojekte, Welt-Fest usw. Im Theater im Pfalzbau, der Hack-Museumsgarten als interkulturelles Urban-Gardening-Projekt) sind Best-Practise- Beispiele. Es werden neue Zugänge eröffnet – für verschiedene kulturelle Gruppen, und auch für sogenannte kunstferne Gruppen.
- Wir fördern auch nach Kräften die Arbeit des **Kunstvereins**, der mit beträchtlichem Einsatz seiner Mitglieder das Kunstangebot der Stadt reicher macht. Der Kunstverein ist ein Beispiel,

wie neben der institutionellen städtischen Kultur eine Vielzahl von Projekten aus der freien Kultur und aus konfessionellen u.a. Trägern das Kulturleben unserer Stadt bereichern.

- Wir unterstützen die Arbeit des Offenen Kanals (**OK-TV**) Ludwigshafen, insb. auch in seiner Rolle als wichtiger Ausbildungsort für Medienberufe und bei seinen Kooperationsprojekten mit anderen Kultur- und Bildungsstätten. OK-TV und das „**Haus der Medienbildung**“ sind – unter einem Dach im Hemshof – ein wichtiger Bestandteil der Medienstadt Ludwigshafen, den wir **weiter stärken** wollen. Wir setzen uns dafür ein, dass beide Einrichtungen weiter **Tür an Tür im urbanen Herzen** der Stadt verankert bleiben.
- Wir wollen die **Förderung der Freien Kultur und der Soziokultur intensivieren**. Für uns hat die Förderung der freien Kultur hohe Priorität, die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements ist für uns eine Verpflichtung. Wir streben **Verteilungsgerechtigkeit** zwischen institutionalisierter, städtischer und freier Kultur an. Kooperationen von städtischen Stellen mit der freien Szene können zur Förderung einer vielfältigen Szene beitragen. **Das Kulturbüro der Stadt und die Einrichtung des Kulturzentrums dasHaus als soziokulturelles Zentrum spielt in der Unterstützung der freien Kultur die zentrale Rolle.**
- **Kulturelle Bildung** in unserer Stadt ist ohne die Angebote der **Jungen Szene (Adrem, nano-Theater)** und der **Theaterkumpanie KiTZ, aber auch ohne die Jugendkunstschule unArtig** kaum vorstellbar. Neben des städtischen Angeboten sind sie wichtige Bausteine, wenn wir Zugangsgerechtigkeit anstreben.
- **Kultur soll allen Bevölkerungsgruppen zugänglich sein.** Dazu ist es wesentlich, dass Kunst und Kultur nicht am Geldbeutel scheitern soll. Ein **Sozialticket** für Kultur gehört zu unserer Planung. **Wir werden uns für die Weiterführung eines eintrittsfreien Samstags bzw. eines eintrittsfreien Angebotes stark machen und unterstützen Kooperationsprojekte mit Schulen.**
- Wir begrüßen eine **intensivere Netzwerkarbeit**, insbesondere auch kooperative Projekte zwischen den städtischen und den freien Kulturvermittlern.
- Kultur in Ludwigshafen ist immer auch im Kontext des kulturellen Lebens in der Metropolregion Rhein-Neckar zu sehen. Es sind nicht nur Spareffekte, die es zu erreichen gilt, sondern das **Mehr der Region** an Angeboten für jeden Einzelnen. Wir unterstützen die rheinüberschreitenden Bemühungen innerhalb der Kultur zu mehr Zusammenarbeit. Deshalb wollen wir auch, gemeinsam mit unseren Partnern in Mannheim, ausloten, wie wir **das Nationaltheater während derer Sanierungsphase unterstützen können, ohne dass unser Programm im Pfalzbau darunter leidet.** Wir sehen Synergien durch verbesserte und intensivere Kooperation in der Stadt und in der Metropolregion als Garanten für ein breites Kulturangebot – zum Vorteil aller. Das Fotofestival ist ein gutes Beispiel für den Gewinn durch interkommunale Zusammenarbeit für alle Beteiligten und vor allem für das Kulturpublikum.
- **Die unterschiedlichen Kultur-Szenen und -Akteure in Ludwigshafen sollen aktiv vernetzt werden**, es sollen Kräfte gebündelt werden. Dabei werden kommunale und nicht-kommunale Theater sowie Kunst- und Kultureinrichtungen weiter ihren Platz in Ludwigshafen haben und entsprechende Förderung erfahren.
- **Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik** – mit Kultur beteiligen wir uns an der Entwicklung einer Stadt, in der man gerne lebt.

Unsere Ziele im Bereich Integration& Migration:

- Integration und Migration geht uns alle an. Die Frage der Herkunft darf Lebenschancen nicht negativ reduzieren. Dies ist ein Anspruch der SPD, der für uns schon immer grundlegend war: **Alle Menschen sollen die gleichen Chancen auf die Teilhabe an der Gesellschaft haben.**
- Wir wollen zu einem menschlicherem und sozial gerechterem vielfältigen Zusammenleben beitragen und die Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte fördern. Uns liegt daran, **Dialog und Austausch** mit Verbänden und der Selbstorganisation von Migranten, sowie Vertretern aus Zivilgesellschaft, den Religionsgemeinschaften, Wissenschaft, der Wirtschaft und den Gewerkschaften proaktiv **einzufordern und zu intensivieren.**
- Wir setzen uns in unserer Partei für ein Wahlrecht für Einwanderer ein, dass dauerhafter Einwanderung angemessen ist. Wir fördern eine offene und sachliche Diskussion religiöser Fragen und deren gesellschaftlicher Bedeutung. **Wir stärken anti-rassistische Initiativen** und Sensibilität gegenüber Diskriminierung.

Unsere Ziele im Bereich Sport & Ehrenamt:

Sport verbindet und integriert, bringt Menschen zusammen, ob Jung und Alt, Frauen und Männer, Menschen mit und ohne Behinderungen, unabhängig von ihrer Nationalität, religiöser und politischer Orientierung. Ziel ist es, den Vereinssport in Stadt- und Ortsteilen zu erhalten und bedarfsgerecht auszubauen. Und vor allem: Sport fördert die Gesundheit sowie Lebensfreude, ebenso demokratische Verhaltensweisen wie Toleranz und Fairplay. Deshalb hat die Förderung des Sports und des Ehrenamtes bei der SPD eine hohe Priorität:

- Ludwigshafens Sportstätten müssen ansprechend sein. Deshalb unterstützen wir die Fortschreibung des Sportstättenentwicklungsplanes. Ziel ist es, den Vereinen **Trainings- und Wettkampfmöglichkeiten auf modernen und zeitgemäßen Anlagen** zu ermöglichen. Dies gilt sowohl für öffentliche und vereinseigene Sportanlagen.
- Für die Jahre 2019 und 2020 wurden die städtischen **Zuschüsse** für Vereine inklusive deren Jugendarbeit um 20 Prozent und den Sport im Allgemeinen deutlich **erhöht**. Das war wesentlich für die Planungssicherheit der Vereine für ihre ehrenamtliche Arbeit. Dies muss für die Zukunft auf diesem Niveau gesichert und wenn möglich ausgebaut werden.
- **Priorität hat die Förderung der Vereine mit eigenen Anlagen sowie die Jugendarbeit.** Deshalb wurde der Ansatz für Baukostenzuschüsse im Haushaltsjahr 2019 und 2020 erhöht
- Wir stehen für die weiterhin **jährliche Förderung einer investiven Maßnahme** in Verbindung mit dem Landesprogramm „Goldener Plan“.
- Das Sonderprogramm „**Sanierung der Bezirkssportanlagen**“ wollen wir fortführen.
- Die **Förderung von regionalen und überregionalen Sportveranstaltungen** als positive Imagefaktoren für die Stadt unterstützen wir.
- Die Fortführung des Sonderprogramms „**Förderung von ehrenamtlichen Eigeninitiativen**“ ist klares Ziel.
- Die **Ehrenamtskarte** soll noch attraktiver werden, die **Angebote erweitert** werden.
- Wir wollen, dass der **Ludwigshafener Sportverband seine Mitglieder im Sportausschuss selbst benennen** kann.

VI. Kinder, Jugend, Familie und Bildung

Unsere bisherigen Erfolge:

- ✓ Schulsozialarbeit ausgebaut (auch an Grundschulen)
- ✓ Straßensozialarbeit
- ✓ Erhalt der Kinder- und Jugendeinrichtungen
- ✓ Erhalt der Ferienangebote und a. Stadtranderholung
- ✓ Erhalt der Einrichtungen Kinderparadies (Wasserspielplatz), Erholungsheim Ramsen und Spielmobil
- ✓ Förderung von Integrationsprojekten für Kinder und Jugendliche
- ✓ Sanierung und Digitalisierung Stadtbibliothek
- ✓ Entwicklung der Sprachförderung in den Kindertagestätten
- ✓ Erweiterung des Projekts „Guter Start ins Kinderleben“

Wir wollen Kinder und Jugendliche stark machen für den Anfang in ein selbstbestimmtes Leben. Daher sind die **Schaffung und der Erhaltung eines dichten sozialen Netzes** erforderlich. Hierzu gehört einerseits Bildung, auch außerhalb der Schule, in Kitas und Jugendeinrichtungen sowie der Schutz vor körperlicher und psychischer Gewalt.

Zunehmend müssen wir im Gebiet der digitalen Welt gerade für **Kinder und Jugendliche eine Werteorientierung geben**. Trotz knapper Kassen wollen wir für unsere Kinder und Jugendlichen Zukunftschancen schaffen. Gute Schulen benötigen verlässliche Perspektiven. Deshalb ist Bildungs- und Schulpolitik für die SPD Ludwigshafen auch in Zeiten knapper Kassen ein wichtiges und zentrales Thema.

Wir brauchen **gut eingerichtete Schulen** mit einem zeitgemäßen Regelunterricht, denn anerkannter Unterricht erfordert eine anregende Lernatmosphäre. So muss sich Schulentwicklungsplanung an vielen Ansprüchen messen lassen, nicht zuletzt aber auch an der wirtschaftlichen Machbarkeit. So muss eine gute Schule heute auch die Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen in ihren Unterricht und ihre erzieherische Arbeit einbeziehen. Unsere Schulen werden seit den 90er Jahren mehr und mehr als wichtiger Lebensort von Kindern und Jugendlichen begriffen, der weit mehr als reiner Lernort ist. Besonders an den Bildungseinrichtungen geht die veränderte gemeinschaftliche Entwicklung nicht unbemerkt vorbei. Nachhaltig haben sich die Familien- und Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen verändert. Soziale Fragen reichen heute bis in den pädagogischen Alltag des schulischen Unterrichts hinein.

Um den Spagat zu schaffen, Kinder und Jugendliche nachhaltig zu stärken und allen Bedürfnissen nachzukommen, müssen alle Bereiche im Fokus sein. So müssen vorhandene Netzwerke ausgebaut und erweitert werden, Ressourcen der Familien, wie auch Einrichtungen aktiviert und in den Fokus genommen werden. **Bildungsbarrieren müssen abgeschafft werden, damit alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Chancen haben.**

Um dies gewährleisten zu können, müssen Familien bereits von Anfang an gestärkt werden. Das macht ein **breites Unterstützungs- und Bildungsangebot notwendig** – von einem neuen Familienpass bis hin zu Präventionsmaßnahmen. Netzwerke müssen aktiviert und optimiert werden, damit unterschiedliche Akteure Hand in Hand für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, wie auch hinsichtlich ihrer gesamtgesellschaftlichen Integration für unsere gemeinsame Zukunft arbeiten können. Um die wichtigen Themen im Bereich Kinder, Jugend und Familie weiter voran zu treiben, möchten wir in der kommenden Legislaturperiode die folgenden Themen anstoßen und realisieren:

- **Unsere Bildungsangebote sollen umfassender werden:** Das Angebot der Gesamtschulen, wie auch das Konzept „betreuende Grundschule“ wollen wir weiter unterstützen und ausbauen, die Digitalisierung unterstützen, fördern und fordern, eine bessere Ausstattung der Schulen erreichen, die Zusammenarbeit mit weiteren Bildungseinrichtungen stärken, das Projekt „Jobfüchse“ durch ein kommunales Programm ergänzen sowie Sprachförderprogramme erweitern.
- Die hohe Nachfrage zeigt, dass es den Bedarf für **mehr Ganztagsangebote** und eine **weitere Integrierte Gesamtschule** in Ludwigshafen gibt. Dafür werden wir uns weiter stark machen. Schulentwicklungsplanung muss dem Rechnung tragen. Die SPD Ludwigshafen steht zur Wahlfreiheit von Eltern und Kindern hinsichtlich der weiterführenden Schule.
- **Wir brauchen ein massives Investitionsprogramm zur Sanierung und zum punktuellen Neubau unserer Schulen.** In der Vergangenheit ist es der Bauverwaltung nicht gelungen, dafür im Haushalt bereit gestellte Mittel auch tatsächlich abzurufen und zu verbauen. Hier braucht es dringend ein Konzept, damit das Geld auch tatsächlich für sanierte und gut eingerichtete Schulen mit einer anregenden Lernatmosphäre verausgabt wird.
- In einzelnen Stadtteilen und Schularten (so z.B. im Stadtteil Süd) besteht erheblicher Raumbedarf. Wir wollen hier eine **räumliche Entzerrung**. Eine Bündelung der Berufsschulen an der Großen Blies ist zu prüfen.
- **Wir wollen die familienkompatible Stadt:** Es soll künftig nur eine einzige Anlaufstelle für alle Anträge geben, daneben dezentrale Beratungsangebote sowie Familienzentren.
- **Die Kinderbetreuung in Kita, Hort und Tagespflege möchten wir ausbauen:** Angebote sind weiter auszubauen, Öffnungszeiten anzupassen, die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter voranzutreiben, die Angebote von und für Tagesmütter und -väter zu erweitern sowie alternative Modelle zu prüfen und umsetzen.
- **Wir wollen den Familienpass für alle:** Unser Ziel ist die Einführung eines Familienpasses für sämtliche Ludwigshafener Familien – unabhängig vom Einkommen. Nach dem erfolgreichen Mannheimer Vorbild kann er Kinder und Eltern dazu anregen, die Freizeit gemeinsam zu gestalten und ihnen den Zugang zu bestehenden Angeboten erleichtern.
- **Spielplätze sollen attraktiver werden:** Kinder und Jugendliche sollen beim Bau von Spielanlagen beteiligt, Spielplatzpatenschaften gefördert, Neuanlagen barrierefrei gestaltet und Generationenspielflächen etabliert werden.
- **Jugend und Demokratie gilt es zu stärken:** Wir wollen Jugendforen in den Stadtteilen anregen sowie Beteiligungsmodelle und -strukturen stärken und ausbauen.
- **Die Kinder- und Jugendhilfe wollen wir optimieren:** Präventionsangebote und das Netzwerk frühe Hilfen sind weiter ausbauen, Familienpatenschaften sowie die vielseitigen Angebote der Kinder- und Jugendhilfe zu stärken und weiterzuentwickeln sowie das Konzept zur Vermeidung von Obdachlosigkeit junger Erwachsener umzusetzen.

VII. Finanzen

Der Schuldenberg in Ludwigshafen ist mittlerweile auf rund 1,4 Milliarden Euro angewachsen, eine Verbesserung kann nur Schritt für Schritt unter großer Anstrengung aller Beteiligten erzielt werden. Der größte Teil des Haushaltes ist durch Pflichtaufgaben bestimmt, die sich aus Bundes- und Landesgesetzgebung ergeben. Trotz all dieser Fakten muss das Credo lauten, die eigenen Potenziale zu nutzen und nicht nur den Ist - Zustand zu beklagen.

- Etliche Sparrunden in den zurückliegenden Jahrzehnten machen sich auch im Ludwigshafener Stadtbild sichtbar. **Bei allen Sparanstrengungen wird es die SPD Ludwigshafen nicht zulassen, dass Ludwigshafen kaputt gespart wird.** Es sind die unverzichtbaren freiwilligen Aufgaben, die eine Stadt lebenswert machen. Dazu gehören z.B. Kultur, Sport, Freizeitangebote genauso wie soziale Angebote.
- **Die Reform der Grundsteuer muss sozial gerecht sein und das Einkommen für unsere Stadt sichern.** Dabei muss die Leistungsfähigkeit berücksichtigt werden, indem wertvolle sowie teurere Immobilien stärker besteuert werden. Insgesamt dürfen die Steuerpflichtigen aber nicht stärker belastet werden als bisher.
- Für unsere wichtigen Aufgaben vor Ort brauchen wir ausreichend finanzielle Mittel:
 - Die starke Entwicklung des kommunalen Finanzausgleichs muss sich über das Jahr 2020 hinaus auch langfristig auswirken. Die bestehende gesetzliche Garantie für stetig mehr Mittel im kommunalen Finanzausgleich ist dabei von hoher Bedeutung.
 - Zur Sicherstellung einer guten Finanzausstattung von Städten, Kreisen und Gemeinden gehört auch, dass das Land sich auf Bundesebene aktiv für die Interessen der rheinland-pfälzischen Kommunen einsetzt.
- Gleichzeitig werden wir wie bisher verantwortungsvoll auf alle Ausgaben schauen. Unnötige Prestigebauten wird es mit der SPD nicht geben. **Synergieeffekte** zwischen der Stadtverwaltung und den eigenen Tochterunternehmen sowie mit anderen Behörden und Kommunen müssen genutzt werden. **Interkommunale Zusammenarbeit streben wir, wo immer möglich an.**
- Die SPD Ludwigshafen setzt sich dafür ein, das **Umland** – wo immer möglich – **stärker an den Kosten zu beteiligen.** Als Oberzentrum erbringt die Stadt zahlreiche Leistungen, die auch von vielen Menschen aus Umlandgemeinden genutzt werden. Seien es bspw. weiterführenden Schulen oder Kultureinrichtungen. Wir erwarten dazu eine gerechtere Verteilung der finanziellen Lasten.
- Die SPD Ludwigshafen unterstützt ausdrücklich die von der Oberbürgermeisterin angefangenen Planungen zur Einrichtungen eines **zentralen und dezernatsübergreifenden Fördermittelmanagements**, weil wir hier noch Verbesserungspotential sehen, um zusätzliche Mittel für Ludwigshafen zu gewinnen.

Kommunalwahlprogramme für die Stadtteile 2019-2024

Oggersheim:

- Erhalt und Schaffung von **Wohnraum** in allen Preissegmenten
- Weitere Realisierung von barrierefreien **Gehwegabsenkungen**
- Forcieren des mobilen **Netzausbaues**. z.B. Wohngebiet Melm
- Umgestaltungen der Kinderspielplätze mit **zeitgemäßen Spielgeräten**
- Bedarfsgerechter Aus- bzw. **Neubau und Sanierung von Kitas und Schulen**
- Stärkung von Beruf und Familie mit Ausbau der **Ganztagsbetreuung**
- **Ausbau der Ganztagschulen** mit Betreuung
- Förderung der **Jugendsozialarbeit** / Fortsetzung guter Streetworker Arbeit
- Besetzung der **Polizeiinspektion Oggersheim rund um die Uhr**
- Stärkung des Kommunalen Vollzugsdienstes (**KVD**) **rund um die Uhr**
- **Förderung des ÖPNV's**, Einsatz von umweltverträglichen Fahrzeugen und weiterer Ausbau von barrierefreien Haltestellen
- **Ausbau des Radwegenetzes**
- **Ausbau** der Stadtteilverbindungsstraße **zum Neubaugebiet Melm**
- **Keine** Anbindung des **Individualverkehrs** durch das Wohngebiet Notwende/ **Melm**/Weidenschlag **nach Oppau/Edigheim**
- Unterstützung „**Unser Stadtteil soll sauberer werden**“
- **Pflege und Erhalt der Naherholungsgebiete** und öffentliche Parks und Plätze
- **Förderung und Unterstützung des Ehrenamts und des Gemeinschaftslebens**
- Erhalt der **kulturellen Vielfalt** in allen Bereichen
- **Stärkung und Erhalt der sozialen Einrichtungen**, u.a. Jugendräume und Senioreneinrichtungen
- **Vernetzung der sozialen Angebote von städtischen und freien Trägern** fördern

Oppau/Edigheim/Pfingstweide

- Um den Wohnwert und die Wohnqualität unserer Stadtteile zu erhalten, brauchen wir eine gute Infrastruktur. Daher machen wir uns auch weiterhin für einen **attraktiven öffentlichen Nahverkehr** stark. Mit der Busanbindung an Frankenthal haben wir einen Erfolg zu verzeichnen. Die häufige Nutzung dieser Buslinie zeigt uns, dass sich unser Einsatz gelohnt hat.
- Wir wollen familien- und seniorengerechte Stadtteile: **Schulen und Kindereinrichtungen** müssen in einem qualitativ guten Zustand erhalten und ausgebaut werden. Gerade für die Kleinsten aber auch für das Wohlbefinden von Allen müssen Grünbereiche erhalten und die **Sauberkeit** in den Stadtteilen grundsätzlich dringend verbessert werden. Für Müll- und Dreckverursacher muss es deutlichere Konsequenzen geben. Mit unserer neuen Oberbürgermeisterin ist nun endlich Bewegung in diesen Bereich gekommen. Auch der **Wohnungsbau** muss den Bedürfnissen von Familien und von Senioren gerecht werden. Hierfür müssen die nötigen Flächen ausgewiesen werden.
- **Sicherheit und Ordnung** haben für uns einen hohen Stellenwert. Wir nehmen die Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst und setzen uns daher für eine engere Zusammenarbeit von kommunalen Vollzugsdienst und Polizei ein.
- Zudem fordern wir die Errichtung eines gut erreichbaren Ärztehauses. Ebenso brauchen wir weiterhin eine **attraktive Nahversorgung**. Wir können Unternehmern nicht vorschreiben, wo sie ihr Geschäft zu betreiben haben – aber wir werden alles dafür tun, dass die Einkaufssituation gerade für Menschen, die keine weiten Wege zurücklegen können, gesichert bleibt.
- Dafür, dass die Stadtteile Oppau, Edigheim und die Pfingstweide lebenswert bleiben, ist es wichtig, dass das **Vereinsleben erhalten** bleibt. Wir danken an dieser Stelle allen, die sich in Vereinen, Kirche und Verbänden engagieren und sagen ihnen für die Zukunft auch weiterhin unsere Unterstützung zu. Ohne diese Menschen wäre der Norden Ludwigshafens nicht das was er ist.
- Wir werden daher auch in Bezug auf die Oppauer **Kerwe** keine Schnellschüsse machen, sondern **den für alle geeignetsten Standort unterstützen**. Eine Kerwe soll allen im Stadtteil Spaß bringen und keinen Frust.

Friesenheim

Bessere Verkehrsangebote & Vorfahrt für Anwohnerschutz:

Ob beim Durchgangsverkehr auf unseren Straßen oder in Sachen Güterzüge: Der **Schutz vor Lärm und Abgasen muss ganz vorne stehen**. Wir forcieren einen Generalplan für die gesamte Stadt, der Verkehrsströme klug lenkt – und so weit wie möglich von Wohngebieten fernhält.

- Der **Durchgangsverkehr** muss **besser umgeleitet** werden – insbesondere beim Hochstraßenabriss. Hierzu sind weiträumige Verkehrslenkungsmaßnahmen erforderlich.
- **Der Straßenbahnverkehr braucht umfassendere Angebote**, gerade auch um die Auswirkungen der Hochstraßen-Baumaßnahmen abzufedern. Wir kämpfen für die **Wiedereinführung der Linie 11**, damit es via Ruthenplatz viel schneller Richtung BASF, Rathaus und in die City geht – perspektivisch mit einem attraktiven Rundkurs zusammen mit der Linie 10, wenn diese fertig modernisiert ist. Während der Bauzeit hilft die Linie 11 als Alternative – weil der Bus-Ersatzverkehr im engen Alt-Friesenheim nicht so gut vorwärtskommt. Zudem ist ein ausgeweitetes Fahrplan-Angebot in den Abend hinein zu prüfen.
- Wir fordern eine **bessere Bus-Anbindung Friesenheims und der BASF** an den DB-Bahnhof in Oggersheim – auch zur Entlastung von Brunck- und Sternstraße.
- Wir unterstützen die Einrichtung eines **S-Bahn-Haltepunktes „LU-West/Friesenheim“** Höhe Heinrich-Pesch-Haus, inkl. Verknüpfung mit Friesenheimer Buslinien.
- **Anwohner- und Lärmschutz** auf den Durchgangsstraßen sind besser umzusetzen – insbesondere mittels **Durchsetzung des LKW-Verbots** sowie durch stärkere Geschwindigkeitskontrollen vor allem vor Schulen und Kindergärten/Kitas.
- Ein umfassendes **Netz von Ladestationen** für E-Bikes und E – Autos ist einzurichten – möglichst nah an den Arbeitsplätzen und Schulen.
- Das **Radwegenetz muss stärker ausgebaut werden**. Radler müssen sich sicher fortbewegen können – ohne Gefahr durch den Kfz-Verkehr.

Sicher leben & bewegen:

Gut leben heißt sicher leben: Wir kämpfen für ein Friesenheim, das **älteren und gehbehinderten Menschen keine Hürden mehr** setzt und in dem sich jeder ohne Sorgen aufhalten und fortbewegen kann:

- Wir setzen auf mehr **Barrierefreiheit** – insbesondere Bordsteinkanten sind besser und an möglichst allen Überquerungsstellen abzusenken.
- Die **Polizei** mit ihren Beamten **vor Ort** bleibt ein wichtiger Partner für uns. Wir haben weiterhin ein Auge darauf, dass eine ausreichende Personalausstattung vor Ort gewährleistet bleibt. Dabei pochen wir auf eine **engere Zusammenarbeit von kommunalen Vollzugsdienst und Polizei** ein.
- Sicher leben und bewegen heißt auch: Es braucht eine **bessere Ausleuchtung** von dunklen Ecken – um Angsträume zu vermeiden.
- Und nicht zuletzt hilft in Sachen Sicherheit auch **gute Prävention** wie die Förderung der **Jugendsozialarbeit** sowie die Fortsetzung der wertvollen Streetworker-Tätigkeiten.

Gute Versorgung für jede Generation:

Wir kämpfen für gutes und bezahlbares Wohnen. **Kindgerechte Kitas, Hilfsangebote für Ältere sowie ausreichend Einkaufsmöglichkeiten braucht es wohnungsnah**.

- Erhalt und Schaffung von **attraktivem und bezahlbarem Wohnraum** insbesondere für junge Familien steht ganz oben auf der Agenda. Dabei gilt: Wohnraumsanierungen ja – aber

nicht mit der Folge einer massiven Verdrängung der Menschen aus ihrem gewohnten Umfeld.

- Gemeinsam mit Stadt und Land kämpfen wir weiter für möglichst **gute und umfassende Betreuungsangebote** – die neue Kita am Ebertpark ist dabei ein Leuchtturm, den es weiter auszubauen gilt. Ältere Kinder und Jugendliche brauchen gute Spielplätze und attraktive Sport- sowie Begegnungsstätten.
- **Ältere und pflegebedürftige Menschen** wollen wir **vor Ort unterstützen**; insbesondere durch Sicherstellung guter Betreuungs- und Freizeitmöglichkeiten in zentraler Ortslage für Seniorinnen und Senioren sowie Pflegebedürftige. Zur stadtteilnahen Versorgung Älterer ist die Vernetzung aller Akteure wichtig – z.B. durch eine entsprechende Stadtteilkonferenz.
- Für alle braucht es **wohnnaher Einkaufsmöglichkeiten**: Es müssen der Wochenmarkt gesichert und gestärkt werden sowie die **Läden in der Hohenzollernstraße erreichbar** bleiben – auch während des Umbaus der Linie 10.
- **Mittelstand, Handwerk und Gewerbe gilt es zu unterstützen** – aktuell eben vor allem durch eine Verkehrs- & Parkplatzplanung im Rahmen des Ausbaus der Linie 10, die die Existenz der Gewerbetreibenden in der Hohenzollernstraße sichert.
- Der **Ausbau des Mobilfunknetzes ist weiter zu forcieren**.

Mehr Sauberkeit & gepflegtere Grünflächen:

Friesenheim ist ein attraktiver Stadtteil. Damit dies so bleibt, sind **Wohnumfeld, Umwelt und Natur** weiter zu schützen – und **besser zu pflegen**:

- Gehwege und Parks müssen besser gepflegt und **Müllsünder endlich konsequenter bestraft** werden – auch mittels Mülldetektiven. Ergänzend braucht es verstärkte Bürgerinformationen in allen Sprachen, um auf legale Entsorgungswege hinzuweisen.
- Im Ebertpark und unsere anderen **Grünanlagen** sollen sich alle Friesenheimerinnen und Friesenheimer wohl fühlen können. Dort muss die Stadt eine **bessere Pflege** sicherstellen. Statt einer teuren, pflegeaufwändigen und im Übrigen nicht historisch angemessenen Umgestaltung des Ebertpark-Eingangsbereichs setzen wir darauf, dass die begrenzten Finanzmittel in ein besseres Äußeres unserer bestehenden Anlagen investiert werden – wie beispielsweise des Ruthenplatzes.
- Bürgerpatenschaften für Spielplätze oder **Baumpflanzungen** können bei der Stadtbildpflege ergänzend helfen.
- Eine Bebauung des Trassenwalds bleibt auch in Zukunft tabu. Beim Vorhaben zwischen Luitpoldstraße und Bastenhorstweiher achten wir auf eine genaue **Umweltprüfung** und – falls eine Wohnbebauung danach weiterverfolgt werden kann und soll – eine zurückhaltende Umsetzung, die sich **angemessen in Natur und Landschaftsbild** einfügt.

Stärkung des sozialen Zusammenhalts & der Vereine:

Die starke Gemeinschaft in unseren Vereinen, eine aktive Kulturarbeit und traditionsreiche Feste sind das Fundament für ein lebendiges Friesenheim. Dies gilt es zu bewahren:

- Wir wollen den Vereinen konkret helfen: Ein **Ehrenamtsbeauftragter soll unterstützen**, insbesondere auch bei den vielen Anforderungen der Bürokratie.
- Unsere **Stadtteilstädte sind zu sichern** und fortzuführen: Sternstraßenfest, Kerwe und Weihnachtstreff sind ein prima Stück Friesenheim.
- **Wer allein und einsam ist, soll mehr Hilfe erfahren**. Gemeinsam mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern wollen wir mehr Miteinander organisieren.
- Wir wollen, dass die Friesenheimer Kinder von Anfang an fürs Leben lernen – **Wirtschaft, Handwerk und Schulen sollen enger zusammenrücken** und Partnerschaften knüpfen.

Nord, Hemshof, West

Unser Stadtteil soll **sauberer** werden durch

- den Einsatz von **Mülldetektiven**:
 - Müllsünder ermitteln und empfindliche Strafen aussprechen
- gezielte **Kontrollen** von neuralgischen Punkten wie Spielplätzen oder ständigen Ablageplätzen
- ein **Aufklärungsprogramm** zum Thema Sauberkeit
 - WBL, Wohnungsgesellschaften und große Arbeitgeber für ein **gemeinsames Konzept** und gemeinsames Infomaterial gewinnen
 - alle Bewohner durch ein **vielsprachiges Informationsschreiben** über richtiges Verhalten ansprechen
 - **Kinder an Schulen und Kitas aufklären**
 - **Gewerbetreibende und Vereine einbinden**
- eine **erleichterte Entsorgung**, zum Beispiel durch kostenlose Sperrmüllabgabe beim Wertstoffhof mit Coupons wie beim Gelben Sack

Unser Stadtteil soll **sicherer** werden durch

- eine **bessere Ausleuchtung** und Vermeidung von dunklen Ecken
- Wiedereinführung von **Kontaktbeamten** in Uniform, die für die Bürger sichtbar sein müssen und leicht angesprochen werden können
- die weiter verbesserte **Vernetzung** von Polizei und Ordnungsamt
- mehr Vollzugsbeamte, um z.B. **Falschparken zu reduzieren**

Unser Stadtteil soll jetzt, **während und nach dem Abriss von Rathauscenter und Hochstraße lebenswert bleiben und verbessert werden** durch

- die Sicherstellung der **Nahversorgung im Nord/Hemshof**, der Stärkung von Nahversorgung und der **ärztlichen Versorgung in West**
- Stärkung des Wochenmarkts als Ort der Begegnung am Goerdelerplatz durch Erweiterung des Standangebots
- **ausreichenden Parkraum**, besonders im Bereich Dessauer Straße sowie ein **funktio-nierendes Parkraumkonzept** für Nord/Hemshof einschließlich der Leuschnerstraße; Ausbau des Angebots an Leihfahrrädern und Carsharing
- eine gute **Anbindung an die Stadtmitte** für Fußgänger und Radfahrer
- die offene und einladende bauliche Gestaltung des Stadtteils in Richtung der neuen Stadtstraße, z.B. am Carl-Wurster-Platz
- den **Schutz** der Bürgerinnen und Bürger **vor den Auswirkungen der Hochstraßen-baustelle**; ein Baustellenkonzept in enger Abstimmung mit dem Ortsbeirat

Unser Stadtteil soll **interessanter und selbstbewusster** werden durch

- eine **Imagekampagne** unter Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner, Gewerbetreibenden, Vereine und Religionsgemeinschaften
 - zur Stärkung des **Respekts** gegenüber Mitmenschen, Stadtverwaltung und unserem wertvollen Stadtteil sowie
 - zur Verbesserung des **Ansehens** unseres Stadtteils in Stadt und Region
- die Förderung der Künstler- und **Kulturszene** im Stadtteil
- **Bürgerpatenschaften** für Spielplätze, Pflanzen und Baumscheiben sowie die Freigabe öffentlicher Grünflächen für Gemeinschaftsgärtnern (urban gaerdening)

Unser Stadtteil soll **für Alle sein** durch

- **bezahlbaren, barrierefreien allen gerecht werdenden Wohnraum**; die Wohnungsmodernisierung und Sanierung im Stadtteil West ist fortzuführen.
- unseren Kampf für ausreichende und **gut ausgestattete Schulen und Kindertagesstätten**

- die Koordination von **Familienpatenschaften** vor Ort im Stadtteil
- die Einrichtung und den Ausbau von **Jugendtreffs**, vor allem in West
- die Schaffung von **Mehrgenerationenspielflächen**
- die konsequente Absenkung von Bordsteinen und **Barrierefreiheit** von Haltestellen

Südliche Innenstadt:

- **Erarbeitung eines umfassenden, schlüssigen, ästhetischen wie realistischen Stadtentwicklungskonzeptes**, insbesondere für den Bereich der Innenstadt sowie Überarbeitung bestehender Planungen (Ludwigstraße mit Schwerpunkt Wohnen und Gewerbe, Bismarckstraße mit Schwerpunkt Wohnen, Dienstleistung, Kreativwirtschaft sowie Soziales und Kultur)
- Kooperation mit der Deutschen Bahn AG zur **Umgestaltung des Hauptbahnhofs** sowie städtebauliche Entwicklung (Wohnen, Gewerbe, Dienstleistung) des umliegenden Areals (u.a. Bahnhofsvorplatz, Flächen entlang der Gleisanlagen)
- **wirksames Bekämpfen illegaler Müllablagerungen** durch wirklich spürbare Sanktionen und konsequente Verfolgung und Rechtsdurchsetzung, Prüfung des Einsatzes von Mülldetektiven, Vereinfachung/Vergünstigung der Entsorgungsmöglichkeiten an Wertstoffhöfen bis hin zur kostenfreien Entsorgung sowie Sensibilisierung der Öffentlichkeit
- **Vermeidung neuer, sowie Beseitigung bestehender Angsträume**, etwa durch eine stärkere Ausleuchtung oder sonstige Maßnahmen
- **Erarbeitung eines Schulkonzeptes, welches eine realistische Bedarfsplanung und darauf abgestimmte Lösungsvorschläge bietet**, dabei Planung einer (dringend notwendigen) neuen Schule im Stadtteil Süd, weitere Sanierung bestehender Schulen sowie Ausbau der Schulsportanlagen unter Prüfung von Synergieeffekten zwischen verschiedener Schulen – ähnliches für KiTa- und Hortplätze
- **Forcierung umfassender Barrierefreiheit** mit Blick auf öffentliche Räume, insbesondere Gehwege und Gebäude, ÖPNV sowie auch digitale Angebote, soweit dies in den Einflussbereich der südlichen Innenstadt fällt
- **Förderung sozialen Wohnungsbaus** durch Verabschiedung einer Sozialquote und damit Schaffung bezahlbarer Wohnungen für Familien und Menschen mit niedrigen Einkommen, Förderung der sozialen Durchmischung
- **Ausbau der ÖPNV-Angebote in der Innenstadt** sowie in das Umland, z.B. mit neuen Stadtbahnverbindungen zur Entlastung von Durchgangsverkehr, Prüfung einer Taktverdichtung und -ausweitung der Linien 10 und 77 insbesondere vor dem Hintergrund der abschließenden Entwicklung des Rheinuferes Süd, auch in den Abendstunden
- **Umfassende Modernisierung des Sportparks Südwest, insbesondere mit Konzept zur Sanierung des maroden Südwest-Stadions**
- **Förderung der kulturellen Stadtentwicklung** mit bürgerschaftlichem Engagement, Vereinen und Initiativen zur Aufwertung des öffentlichen Raums für die Bürgerinnen und Bürger, dazu u.a. Belegung öffentlicher Plätze, Zwischennutzung und Förderung regionaler Kultur, besonders im Quartier

Mundenheim

Schulen:

- Modernisierung und Sanierungen der Schulen, insb. des Schulhofs des Schulzentrums Mundenheim (inkl. Langzeitprogramm mit Schülerbeteiligung), u.a. durch Entfernung der Betonpilze und Einrichtung einer Mensa (evtl. mit Gemeinschaftshaus)
- Erhaltung und Anpassung der Infrastruktur für das Schulzentrum Mundenheim
- Entwicklung des Schulzentrums zur Ganztagschule
- Neugestaltung der Schullandschaft in Mundenheim, z.B. Verlegung der Förderschule an der Schillerschule an einen neuen Ort
- Einrichtung von Förderschule und Grundschule als Ganztagschule (Grundschule als Schwerpunktschule mit Ganztagsbetrieb)
- Erweiterung der Grundschule vor Ort
- Positive Begleitung von Grundschule und Inklusion

Erholung und Freizeit:

- Erhaltung und Verbesserung des Bliesbades; Unterstützung des Vereins
- Erhaltung, Pflege und Verbesserung der Grünanlagen wie z.B. des Zedtwitzparks
- Ausreichende Neupflanzung von Bäumen
- Erhaltung und Unterstützung der Kleingartenvereine
- Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit

Sozialpolitik:

- Erhaltung des Seniorenhauses Franz Siegel in einem guten Zustand; Gestaltung der Terrasse zu einem sommerlichen Treff, Stadtteilcafe als Nachfolge in Sachen „Soziale Stadt“
- Energieeffizienter Bau von Sozialwohnungen, barrierefreier Wohnungen und altersangemessener bezahlbaren Wohnraums
- Schaffung bezahlbarer Wohnungen
- Verbesserung der kultursensiblen Pflege
- Einrichtung eines Gesundheitszentrums

Zusammenleben der Kulturen:

- Entwicklung vom Senioren- zum Stadtteilcafe
- Förderung des Zusammenlebens – gegen Diskriminierung
- Interkulturelle Seniorenarbeit

Bauliche Maßnahmen:

- Absenkung der Gehwege
- Öffnung des Posttunnels
- Führung des Radweg entlang der Bahn bis zum Posttunnel

Grundstücke und Bebauungen:

- leerstehende städtische Grundstücke einer Nutzung zuführen
- leerstehende städtische Grundstücke pflegen

Kindertagesstätten:

- weiterer Ausbau der Kitaplätze

Spielplätze:

- Umgestaltung der Spielplätze mit zeitgemäßen Spielgeräten
- Pflege und Überprüfung der vorhandenen Spielplätze in regelmäßigen Abständen

Jugend:

- Unterstützung der vorhandenen Jugendtreffs

- Stärkung der Schulsozialarbeit in den Schulen
- Stärkung der Straßensozialarbeit

Ortskern:

- Attraktivierung des Ortszentrums
- Mehr Sauberkeit im Stadtteil (regelmäßige Leerung der Abfalleimer, bessere Lagerung der Müllcontainer, Entfernung von Hundekot)
- Bekämpfung der Spielautomatenflut im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten
- Bekämpfung der Gaststättenflut im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten

ÖPNV:

- Einrichtung eines regelmäßigen zusätzlichen S-Bahn-Halts

Lärmschutz:

- Lärmschutz an der B 44
- Beachtung des Lärmschutzes bei der Erweiterung bzw. des Umbaus vorhandener Industrie-
flächen im Bereich Kaiserwörthdamm / Hafen (Beobachtung des Verkehrsaufkommens, Ver-
besserung der Ausschilderung)

Parkkonzept:

- Bewirtschaftung eines Teils der Parkplätze tagsüber von 8 bis 17 Uhr mit Parkscheibe
- In der übrigen Freigabe der Parkbereiche

Rheingönheim

Leben und Wohnen:

- Mit dem Neubruch und dem Sommerfeld sind nachgefragte Neubaugebiete entstanden. Die Infrastruktur des Stadtteils wurde diesem Wachstum nur begrenzt angepasst. So ist es gelungen, ausreichend Kita- und Krippenplätze bereitzustellen. Andere Bereiche, so z.B. das Platzangebot in der Grundschule, haben nicht Schritt gehalten. Wir setzen uns daher für eine **kreative Erweiterung der Mozartschule** ein. Auch gilt es, die Neubürgerinnen und Neubürger gut zu integrieren. Die Lage des Stadtteils im „Grünen Süden“, mit noch zahlreichen landwirtschaftlich genutzten Flächen macht u.a. die Attraktivität als Wohnort aus. Es gilt die **Innenentwicklung des historischen Ortskerns und der älteren Wohngebiete** in den Blick zu nehmen. Hierfür halten wir es für notwendig, ein umfassendes und nachhaltiges **Ortskernsanierungs- und Stadtteilentwicklungskonzept**, unter Einbindung der Stadtteilgesellschaft, zu erstellen.
- Wir stehen zum sozialen Wohnungsbau und setzen uns nachdrücklich für den Erhalt der Wohnungen der GAG mit angemessenen Mieten in der Kornackerstraße und im Hohen Weg ein. Gleichzeitig gilt es, die Wohnqualität dort weiter zu verbessern. **Wir treten ein für einen sozialen Wohnungsbau, der auch einkommensschwache Familien und Einzelpersonen nicht vergisst.**
- Das Neubruch hat sich gut entwickelt. Wir sehen weiterhin die Notwendigkeit, die Entwässerungsfunktion über das Grabensystem und den Grundwasserspiegel zu beobachten.
- **Unterstützung des Gemeinschafts- und Vereinslebens**, z.B. durch Verbesserung der Versammlungsmöglichkeiten.
- **Ausweitung der Straßensozialarbeit und eines Kontaktbeamten.**
- **Bessere Pflege der Spielplätze.**

Verkehr und Infrastruktur:

- **Verbesserung der ÖPNV-Anbindung des Stadtteils:**
 - Erhalt der Straßenbahnlinie 6 sowie des Stadtbusses 75 bis zur Endstelle; Verbesserung der Taktzeiten und Einführung zusätzlicher Entlastungslinien bis zur Endstelle.
 - Verlängerung der Straßenbahntaktzeiten bis in die späteren Abendstunden.
 - Durchfahrt aller Straßenbahnen bis Rheingönheim Endstelle, kein Abbiegen ins Depot.
 - Einführung eines Regelhalts aller S-Bahn-Linien am Bahnhof Rheingönheim.
 - Prüfung der Weiterführung der Straßenbahn nach Neuhofen.
- **Ausbau eines sicheren Fuß- und Radwegenetzes.**
- Besseres Baustellenmanagement zur **Sicherung der Schulwege** unserer Kinder.
- **Anwohnerfreundliches Verkehrskonzept** für ganz Rheingönheim.
- **Erweiterung der Park & Ride Anlage** am Bahnhof. Bei Schaffung weiterer Park & Ride-Möglichkeiten sind die Interessen der Anwohner unbedingt mit einzubeziehen, z.B. Sicherung des Neubruchs gegen Durchgangsverkehr bei Schaffung neuer P&R-Möglichkeiten an der Endstelle Rheingönheim.
- **Instandhaltung des Straßennetzes und der Gehwege** – gerade in den Nebenstraßen.
- **Förderung ökologischer Energieversorgung** (z.B. Nahwärme).
- Regelmäßige **Instandhaltung** der städtischen Gebäude und Liegenschaften im Stadtteil.
- Konsequente Überwachung der Tempo-30-Zonen und Spielstraßen in den Wohngebieten durch **regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen.**
- Entschärfung der gefährlichen Kreuzung Richtung Neuhöfer Straße durch einen Kreisverkehr.
- **Verbesserung der hausärztlichen Versorgung**, z. B. durch Errichtung eines medizinischen Versorgungszentrums im Stadtteil; ggf. dort auch Ansiedlung von Fachärzten.
- Erhalt und **Verbesserung der fußläufigen Einkaufsmöglichkeiten.**
- **Senioren- und behindertengerechter Um- bzw. Ausbau des Heinrich-Walker-Hauses**, z.B. durch Einbau automatischer Türöffner und Umbau der Bäder.

Freizeit, Kultur und Sport:

- **Erhalt, Ausbau und Steigerung der Attraktivität des Rheingönheimer Wildparks** bei fairen und familienfreundlichen Eintrittspreisen.
- **Verbesserung des kulturellen Angebots** vor Ort, z.B. durch Kooperation mit der Stadtverwaltung, anderen Ortsteilen und Vereinen.
- **Schutz und Dokumentation des römischen Erbes** durch Ausstellungen und Veranstaltungen.
- Erhalt, Stärkung und **Förderung** des haupt- und ehrenamtlichen Engagements in unserer **Stadtteilbibliothek** und Ertüchtigung (z.B. Online Ausleihe).

Umweltschutz, Hochwasser- und Naturschutz:

- **Schonung und Pflege des „Grünen Südens“** – Verantwortlicher und nachhaltiger Umgang mit den Flächen und Vermeidung zu großer Versiegelung.
- **Keine Autobahn** durch unsere Landschafts- und Naturschutzgebiete; **keine neue direkte Straßenverbindung** vom Rheingönheimer Kreuz zum „Industriepark Süd“.
- **Kein Brückenschlag bei Altrip.**
- Schaffung bzw. Ausbau eines funktionierenden **Hochwasserschutzes** für Rheingönheim – insbesondere am Rehbach: **Verstärkung und Erhöhung des Deichs und Schaffung von Versickerungsflächen.** Keine Inbetriebnahme der „Südspange“ vor Abschluss der Sanierung und Verstärkung der nördlichen Rehbachdeiche.
- **Bekämpfung wilder Müllablagerungen.**
- **Pflege der öffentlichen Grünanlagen.**
- Weiterbetrieb und Erweiterung der Bauschutt-**Deponie nur unter Beachtung umwelt- und anliegergerechter Gesichtspunkte.** Renaturierung der bereits abgeschlossenen Flächen und Ermöglichung der Begehbarkeit und Nutzung als attraktiver Freizeitfläche. Transparente Überwachung des Grundwassers und der Emissionen im Bereich der Deponie am Hohen Weg und der „Raschig-Deponie“.
- **Kontrolle der Emissionen aus ansässiger Industrie und Sicherung von Altlasten.**
- Keine Ansiedlung von störendem bzw. Lärm emittierendem Gewerbe auf dem ehemaligen Alcan-Gelände („Industriepark Süd“) und dem Gelände des derzeitigen Betriebshofes der Verkehrsbetriebe; **keine weitere Ansiedlung von Industrie und Gewerbe** im Oberfeld.
- **Schaffung weiterer Hundeausläufflächen mit Hundekotbeutelbehältern.**
- **Überwachung der Leinenpflicht** im Sinne eines kinder- und familienfreundlichen Stadtteils.

Gartenstadt

- Ausweisung von **Neubauf Flächen insbesondere für junge Familien**
- **Mehr Investitionen** in die Gartenstädter **Schulen**
- Errichtung eines **Treffpunktes für Jugendliche**
- Instandsetzung und **Ausbau der Kinderspielplätze**
- **Mehr Sauberkeit und bessere Grünpflege**; insgesamt bessere Pflege der Grünflächen
- **Ausbau des Radwegenetzes** insbesondere an der Wollstraße
- **Verbesserung** der Rad- und Fußwege **im Maudacher Bruch**
- Bau eines **Verkehrskreisels an der Blies** (Wollstr./Damaschkestr.)
- Durchgängig **30 km/h in der Niederfeldsiedlung**
- Verbesserung des **Lärmschutzes** an der A640
- **Verbot für Durchgangsverkehr** durch die Niederfeldsiedlung im Falle der Öffnung der Bayreuther Straße
- **Verbesserung des ÖPNV**
 - in der Ernst-Reuter-Siedlung
 - und im Wohngebiet Dhauner Straße
- **Rheinübergreifende Straßenbahn durch die Gartenstadt** bis Maudach/Mutterstadt
- **Neugestaltung des Ortskerns in der Niederfeldsiedlung**
- **Neugestaltung des Ernst-Reuter-Parks und des Volksparks**
- **Nutzungskonzept für das Volkshaus**

Maudach

Bauen, Wohnen und Dorfentwicklung

- Erhalt und Schaffung von Wohnraum in allen Preissegmenten
- Erschließung von Wohngebieten entlang künftiger ÖPNV-Trassen
- Weiterentwicklung der Ortsmitte z.B. Parkmöglichkeiten, Grünfläche, Bahnhofsuhr,...
- Erhalt und Förderung der Einkaufsmöglichkeiten in Maudach
- Umgehungsstraße nach Oggersheim in Verbindung mit Neubaugebiet
- Lärmschutz B9 – Entlastung *Breite Straße*

Verkehr

- Radweg nach Oggersheim
- Verbesserung der Parkplatz-Situation in Maudach mit Entwicklung eines
- Anwohnerparkplatz-Konzept - z.B. im Bereich *Julius-Hetterich-Saal, Kleestraße,...*
- Ausbau E-Mobilität durch die TWL
- Straßenausbauprogramm fortsetzen

ÖPNV - Öffentlicher Personen Nahverkehr

- ÖPNV – Straßenbahn Stadtmitte-Maudach-Mutterstadt
- ÖPNV – direkte Verbindung Gewerbegebiet Westlich B9 (Globus) Oggersheim
- ÖPNV – direkter Anschluss zur Stadtbahn / S-Bahn Rheingönheim oder Mundenheim

Sicherheit und Sauberkeit

- Wiederbesetzung der Stelle eines Kontaktbeamten der Polizei mit Uniform
- Beseitigung von Angsträumen z.B. Beleuchtungskonzept
- Zentrale Meldestelle (z.B. illegaler Müll,..)

Kinder, Jugend, Familie und Senioren

- Kindergarten und Kita-Plätze dem Bedarf anpassen
- Kinderspielplatz Mittel/Kleestraße – Umgestaltung der Brachflächen
- Stärkung Ausbau Ganztagsbetreuung für Kinder
- mehr Personal
- Förderung von barrierefreien und altersgerechten Wohnformen z.B. Mehrgenerationenhaus, Seniorenresidenzen, betreutes Wohnen,...

Schule und Bildung

- Technische Modernisierung der Schule – IT Ausstattung
- Bedarfsgerechter Ausbau von Schulen und Bildungseinrichtungen, die unsere Kinder besuchen

Umwelt

- Ortsmitte – Bewässerung und Pflege
- Schaffung und Pflege von neuen und bestehenden Wohlfühlräumen – Grünflächen, Aufenthaltsqualität
- Grünflächenkonzept mit betroffenen Bürgern erarbeiten
- Einsatz von umweltverträglichen Fahrzeugen – ÖPNV/WBL/Stadtverwaltung
- Maudacher Bruch - Erhaltung des Naherholungsgebiets

Ruchheim

Wir fordern

- einen **sicheren Rad- und Fußweg entlang der L 525** zum Gewerbegebiet „Am Römig“,
- **bezahlbaren Wohnraum für Alle,**
- **altersgerechtes Wohnen** für Jung und Alt mit ausreichendem Parkraum,
- einen transparenten **Masterplan Grünflächen**, damit sich Kinder und Erwachsene wohlfühlen können,
- eine **Buslinie nach Mutterstadt und Frankenthal** mit einer guten Taktung der Anschlüsse,
- einen direkten **Anschluss des Gewerbegebietes „Am Römig“ an die A61,**
- eine **Umgehungsstraße östlich** von Ruchheim,
- ein **Konzept für unseren Friedhof** mit verschiedenen Bestattungsformen (zum Beispiel weitere Stelen), saubere und sichere Wege auf dem Friedhof, die Lösung des Parkproblems sowie zusätzliche Sitzgelegenheiten vor unserer Trauerhalle.